

**UNIA**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

**Werkzeitung**

**Nationale Demo**

**HÄNDE WEG VON DEN  
FRAUENRENTEN!**



Adrienne Erni

Giulia Bezio

Rebecca Seye

**Die Ausgabe zur Renten-Demo.** Unter anderem mit **Pierre-Yves Maillard**. Der SGB-Chef zerpfückt den **Rentensalat**, den die Rechten uns servieren möchten.

Seiten 4-6 und 20

# Ehe für alle? Aber sicher!

Ein **schwules Paar** sagt, ob und wann sie **heiraten**. Und eine **Zürcher Lesben-Legende** erzählt von früher.

**Das Regenbogen-Dossier:** Seiten 10-11



**Chefs schauben Ältere aus** Facharbeiter Hans-Ulrich Brunner (62) erzählt seine Geschichte. Seite 13

**Gastro kann Corona – oder?** Wie eine geforderte Branche mit der Pandemie-Bekämpfung umgeht. Seite 3



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## ES GEHT VORAN!

Auf der japanischen Insel Kyushu hat in einem Naturreservat soeben das neun Jahre alte Makaken-Weibchen Yakei die Führung der ganzen 677 affenstarken Horde übernommen. Das durften wir kürzlich im englischen «Guardian» lesen. So was hat die Welt noch nicht gesehen: Auf dem Weg nach ganz oben brachte Alphaweibchen Yakei ihre 10 Kilo Lebendgewicht offenbar ohne Rücksicht auf Verluste ins Raufspiel und triumphierte schliesslich über den bisherigen Anführer Sanchu (31). Er war fünf Jahre lang der Boss gewesen. Die Aufseher rieben sich nur ungläubig die Augen:

In der 70jährigen Geschichte des Takasakiyama-Reservats war so etwas noch nicht passiert. Um sicherzugehen, dass sie auch richtig sahen, machten sie den

## Good News, dank Yakei, Merkel und Tresch.

Nüsschen-Test. Sie streuten Ernüsstücken aus und warteten, wer zuerst davon würde fressen können. Und siehe da: Sanchu zog den Schwanz ein und liess Yakei den Vortritt. Das untrügerische Verhalten eines Losers. Seitdem ermannt sich die oberste Äffin immer mehr: Sie besteigt Bäume und schüttelt sie, was sonst nur Männchen tun. Und sie stolziert umher mit erhobenem Schwanz, was sonst Weibchen nicht tun. Pikant auch, wie Yakeis Machtergreifung ursprünglich begann: sie bodigte ihre Mutter. Mindestens den Psychologieaffinen unter uns läuten jetzt die Ohren: Nur wer (symbolisch) den Mutter- oder Vatermord wagt, kann sich befreien. Wer sagt's denn!

**BIRNE WEG!** Die Sache der Frau geht also voran, ausser dass wir Hemmige hei. Das tröstet manch eine vielleicht über den Abschied von Angela Merkel hinweg. Nach 16 Jahren im Amt verabschiedet sich die deutsche Kanzlerin – und wird am 26. September voraussichtlich durch einen Mann ersetzt. 16 Jahre Merkel: 16 Jahre hat sich diese Frau «so wenig pfauenhaft, zugleich aber auch so rücksichtslos und erfolgreich an der Macht gehalten», wie work-Autor Michael Stötzel analysiert (Seite 7). Hat alles ausgesessen und alle, die ihr lästig wurden, abgesägt. Wie Ober-Makakin Yakei. Selbst ihren Ziehvater Helmut Kohl liess «Kohls Mädchen», wie Merkel früher machomässig verspottet wurde, schliesslich auffliegen: Birne weg! Und wer sich mit Merkel ins Koalitionsbett legte, kroch als Polit-Zombie wieder raus. Auch taktisch ist sie ihren Gegnern hoch überlegen, da zeigt sich ihre Schulung in der DDR, wo sie aufwuchs und studierte. Merkel, die Super-Woman: dank ihr weiss heute jedes Mädchen, dass es auch Kanzlerin werden könnte.

**WUNSCHKINDER.** Voran geht es auch mit der «Ehe für alle», über die wir am 26. September abstimmen. In der zweiten SRF-Wahlbefragung sagt eine Mehrheit von 63 Prozent Ja zur Gleichstellung aller Liebesformen bei der Heirat. Das stärkste Argument dafür liefert uns die Zürcher Fotografin Liva Tresch (88) auf Seite 10: «Regenbogenkinder sind Wunschkinder – und keine Unfälle». Nicht so, wie sie einst einer war und in ihrer Kindheit und Jugend nur gequält wurde. Ab 15 musste sie sich beinallein durchs harte Leben schlagen – und schaffte es schliesslich doch. Kam out und hielt mit ihrer Konica die Zürcher Regenbogenfamilie in der Barfüsser-Bar fest. Das war zwischen 1963 und 1970, als sich die meisten Frauen, die Frauen liebten, und Männer, die Männer liebten, noch verstecken mussten. Weil sie verfolgt und diskriminiert wurden. Entstanden ist ein einmaliges Zeitdokument schwul-lesbisch-bisexueller Lebensfreude, bevor es diese Schubladisierungen überhaupt gab. Auch dank der grossartigen Liva Tresch geht's also vorwärts: Sind das nicht Good News? Oder trag ich eine rosarote Brille?

## Kantone haben Gewerkschaft teilweise falsch besteuert

# Bundesgericht gibt Unia recht

**19 Kantone müssen die Gewerkschaft neu veranlagern. Weil Vermögenswerte zu hoch besteuert wurden.**

CLEMENS STUDER

Es ist eine längere Geschichte: 2018 legte die Unia im Kanton St. Gallen Rekurs ein gegen die Veranlagung im Steuerjahr 2015. Und sie zog den Rekurs weiter bis vor Bundesgericht. Dabei wurden

**Die Vermögensverhältnisse der Unia sind gut – und das ist auch gut so.**

auch weitere 18 Kantone überprüft, in denen die Unia Liegenschaften besitzt. Denn die Kantone berechneten die Vermögenssteuern nach unterschiedlichen Methoden. Das führte dazu, dass das Unia-Vermögen teilweise zu hoch besteuert wurde. Und das ist verfassungswidrig.

### ERFOLGREICHE UNIA

Das Bundesgericht gibt der Gewerkschaft jetzt recht und weist die 19 Kantone an, die Unia korrekt zu veranlagern. Der Kanton Bern, in dem die Unia ihren Sitz hat, muss die Prozesskosten zahlen plus eine Parteientschädigung von 10000 Franken. Die Unia ist die grösste und kämpferischste Gewerkschaft der Schweiz. Sie hat über 180000 Mitglieder, die in 13 Regionen mit 26 Sektionen und rund 110 lokalen Sekretariaten zusammengeschlossen sind. Ausserdem führt die Unia die grösste



ÜBERRAGEND: Unia-Hauptsitz im Berner Egghölzli. FOTO: KEYSTONE

Arbeitslosenkasse der Schweiz. Sie verfügt über einen grösseren, historisch gewachsenen Immobilienbestand, in dem auch die meisten Unia-Sekretariate ihre Räumlichkeiten haben.

### POLITISCH AKTIV

Die Unia ist nicht nur in den Betrieben und Branchen aktiv. Sie setzt sich auch auf dem politischen Parkett für eine soziale und gerechte Gesellschaft ein. Beispielsweise engagiert sie sich für Lohn- und Chancengleichheit, kämpft gegen Angriffe auf das Arbeitsgesetz und gegen Lohndumping. Dank ihren vielen Mitglie-

dern kann sie Volksinitiativen und Referenden lancieren – und so Wirtschaftsverbänden und den rechten Parteien mit ihren Millionenpendern Paroli bieten.

### SCHEINDEBATTE

Im Rahmen des Ganges durch die gerichtlichen Instanzen wurden die Vermögensverhältnisse der Unia einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Die sind nicht schlecht. Und das ist auch gut so. Denn eine Gewerkschaft muss handlungsfähig sein, wenn ihre Mitglieder in Not geraten oder wegweisende politische Entscheide anstehen. Unia-Sprecher Serge Gnos sagt:

«Im Unterschied zu den politischen Gegnern kann sie im Fall der Fälle nicht einfach mal ein paar Millionen bei ihren Mitgliedern bestellen. Sondern muss dann parat sein mit Rat und Unterstützung.»

Trotzdem nehmen einige Medien das Pro-Unia-Urteil des Bundesgerichts zum Anlass, die Vermögensverhältnisse der Unia zu skandalisieren – statt über den Gewerkschaftserfolg zu berichten. Das ist ganz im Interesse der Wirtschaftsverbände und rechten Parteien, denn ihnen wären mittellose und darum schwache Gewerkschaften natürlich lieber.

## Neues vom Virus und jenen, die es bekämpfen

# Zertifikatspflicht da – die Verwirrung auch

**Auch in der Schweiz gibt es jetzt eine Zertifikatspflicht. Allerdings mit vielen Ausnahmen.**

CLEMENS STUDER

Der Bundesrat hat gezögert und ist dann doch gesprungen: auch in der Schweiz gibt es jetzt eine Zertifikatspflicht. Sie gilt für Menschen ab 16 Jahren. Ein Zertifikat, das die Inhaberin oder den Inhaber ausgiebt, genesen oder getestet ausweist, braucht es für die Innenbereiche von Bars und Restaurants, für Theater, Kinos, Casinos, Schwimmbäder, Museen, Zoos und so weiter. Auch für den Besuch von Konzerten, Sportveranstaltungen, Vereinsanlässen, Privatanlässen (ausserhalb von Privaträumen) ist ein gültiges Zertifikat notwendig. In der Arbeitswelt ist es komplizierter (siehe Text rechts: «Zertifikat im Job: Das sagt die Unia»).

### Seit der Ausweitung der Zertifikatspflicht steigt die Impfquote.

Privatanlässen (ausserhalb von Privaträumen) ist ein gültiges Zertifikat notwendig. In der Arbeitswelt ist es komplizierter (siehe Text rechts: «Zertifikat im Job: Das sagt die Unia»).

### AUFREGUNG UM UMSETZUNG

Nach der Ausweitung der Zertifikatspflicht stieg und steigt die Impfquote. Aber die Schweiz ist immer noch am westeuropäischen Ranglistenende. Während der ersten Tage gab es einige Aufregungen um die Umsetzung. In Restaurants ist sie klar: ohne Zertifikat gibt's

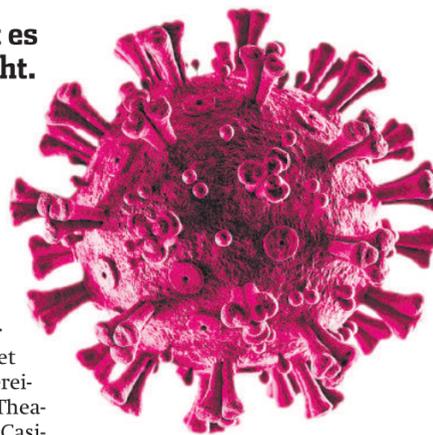


FOTO: GETTY

drinnen nichts zu trinken oder zu essen. Klar ist sie auch in den Fitnesscentern: ohne Zertifikat keine Muskelspiele. Weniger klar ist sie für Hotels mit Restaurantsbetrieb oder Frühstückssaal (siehe Seite 3). Und weniger klar ist sie auch, was die Umsetzung in der Arbeitswelt betrifft.

Ob die erweiterte Zertifikatspflicht reicht, um die vierte Covid-Welle zu brechen, ist noch völlig offen. Denn die Angesteckten von heute sind die Spitalerlieferungen von in drei Wochen. Das Gesundheitssystem ist weiterhin am Anschlag, die Pflegenden sowieso. Mögliche weitere Massnahmen wären zum Beispiel eine Zertifikatskontrolle an der Grenze. Oder die Ausweitung der Zertifikatspflicht für touristische Bahnen und Skigebiete.

## Zertifikat im Job?

# Und das sagt die Unia

Für Arbeitnehmende gilt die Zertifikatspflicht nicht. Ein Arbeitgeber darf jedoch im Rahmen der Fürsorgepflicht von Mitarbeitenden in Ausnahmefällen ein Zertifikat verlangen. Arbeitgeberinnen können das Vorhandensein eines Zertifikats bei ihren Mitarbeitenden überprüfen, wenn dies der Festlegung angemessener Schutzmassnahmen oder der Umsetzung des Testkonzepts dient. Das kann der Fall sein, wenn Arbeitnehmende sich in geschlossenen Innenräumen aufhalten, jedoch nicht, wenn sie im Freien arbeiten.

**ANHÖRUNG.** Der Arbeitgeber muss schriftlich darüber informieren, wenn er auf der Basis des Covid-Zertifikats Schutzmassnahmen ergreifen oder ein Testkonzept umsetzen will. Die Mitarbeitenden müssen angehört werden. Es darf keine Diskriminierung zwischen geimpften, genesenen und ungeimpften Mitarbeitenden geben.

**HOMEOFFICE.** Wenn eine Zertifikatspflicht für die Mitarbeitenden gilt, muss das Unternehmen regelmässige Tests anbieten oder die Testkosten übernehmen. Sieht die Arbeitgeberin andere Massnahmen vor (z.B. Maskentragpflicht oder Homeoffice für Zertifikatslose), muss sie die Testkosten nicht tragen. Die Empfehlung des Bundes, wann immer möglich Homeoffice zu machen, gilt im übrigen immer noch.

Noch detailliertere Unia-Antworten zur Zertifikatspflicht und auf alle weiteren Fragen rund um die Corona-Pandemie und die Arbeitswelt finden Sie auf [rebrand.ly/corona-rat](https://rebrand.ly/corona-rat).



ENDLICH MASKENLOS? Wenn in einer Küche nicht alle geimpft sind, wird's kompliziert. FOTO: KEYSTONE

## Gastrobranche: Erste Betriebe wollen nur noch geimpfte Mitarbeitende

# Die Nerven liegen blank

**«Die Ungeimpften machen es für alle komplizierter», sagt Koch Alexander Kroll. Und Servicefrau Luna Schmitz mag nicht ständig übers Zertifikat diskutieren. work hat sich im Gastgewerbe umgehört.**

CHRISTIAN EGG

Luna Schmitz seufzt. Anstrengend sei es gerade, sagt die 21jährige Servicemitarbeiterin aus Zürich. Jetzt, wo sie von allen Gästen ein Corona-Zertifikat verlangen muss. Nicht das Zertifikat sei das Problem, sondern ein Teil der Gäste: «Viele haben den Drang, mir mitzuteilen, dass sie jetzt gezwungen seien, so ein Zertifikat zu haben. Und denken nicht daran, dass nicht ich das erfunden habe.» Und dass sie an einem langen Arbeitstag vielleicht keine Lust hat auf die immer gleiche Diskussion. Schmitz schüttelt den Kopf und sagt: «Ein paar haben sogar gefragt: Ah, macht ihr auch mit? Als wär's eine freie Entscheidung, bei Corona mitzumachen oder nicht.»

### EIN WOHLSTANDSPROBLEM

Der Berner Beizer Sellathurai Ulakanathan Sureskumaran (52), besser bekannt als Suresh, sagt es so: «Das Jammern über das Zertifikat verstehe ich nicht. Hier schwimmen wir im Impfstoff, andere Länder haben zu wenig! Das ist ein Wohlstandsproblem.»

Den Kopf schüttelt auch Küchenchef Alexander Kroll (47) aus dem Kanton Solothurn. Und zwar über diejenigen, die sich immer noch nicht impfen lassen wollen: «Wegen denen ist es jetzt so aufwendig. Und das ist nicht fair gegenüber allen, die sich an die Empfehlungen gehalten haben.»

### BÜROKRATIE IM HOTEL

Noch komplizierter ist es in den Hotels. Daniel Siegenthaler, Direktor des Hotels Bern: «Ein Gast ohne Zertifikat

darf bei uns übernachten, aber er darf weder ins Restaurant noch in die Bar.» Und Desirée Riner vom Hotel Orchidee in Burgdorf berichtet, es habe sich ein Stammgast angemeldet, und der sei nicht geimpft. «Ich weiss noch nicht, wie wir das machen. Entweder er nimmt alle Mahlzeiten im Freien ein, oder wir bringen sie ihm aufs Zimmer.» Eigentlich, sagt ein Hotelbetreiber, der nicht namentlich genannt werden will, sei es jetzt wie ein Impfwang durch die Hintertür, «nur mit viel mehr Bürokratie».

Noch weiter geht Publizist und Hotelier Peter Bodenmann in seiner wöchentlichen Kolumne im «Walliser Boten»: «In den bereits bisher stark betroffenen Event-, Gastro- und Hotelbranchen liegen die Nerven blank. Immer mehr resignieren, versuchen zu verkaufen oder kündigen innerlich.» Was die Branche ökonomisch bräuchte, sei «mehr Sicherheit». Jedes Auto könne man mit einer Kaskoversicherung gegen fremde und eigene Blech-

### «Immer mehr resignieren, versuchen zu verkaufen oder kündigen innerlich.»

PETER BODENMANN, HOTELIER

schäden versichern. Aber gegen eine neue Pandemiewelle gebe es immer noch keine Versicherung, weder eine private noch eine staatliche. Stattdessen «posiert Bundesrat Ueli Maurer im Totenhemd der Freiheitstrychler. Obwohl alle wissen, dass neun von zehn Patienten auf den Intensivstationen nicht geimpft sind. Und jeder Vierte von ihnen stirbt.»

### STELLEN NUR FÜR GEIMPFTEN

Einfacher ist es, wenn alle geimpft sind. Was die Mitarbeitenden angeht, ist das bei einigen Betrieben schon der Fall. Etwa bei Suresh im Berner Mattequartier. Küchenchef Kroll sagt sogar, er habe seine jetzige Stelle nur antreten können, weil er geimpft ist: «Das war schon im Stelleninserat eine Bedingung. Weil wir jetzt ohne Maske

arbeiten. Gott sei Dank!» Und Daniel Siegenthaler vom Hotel Bern schätzt, dass seine Mitarbeitenden zu mehr als 90 Prozent geimpft sind. Ungeimpfte müssen jetzt regelmässig ein negatives Testresultat vorweisen. Siegenthaler: «Vielleicht lässt sich der eine oder die andere dadurch noch zur Impfung motivieren.»

Weiter geht Tobias Burkhalter. Der Chef von fünf Restaurants in der Region Bern, darunter das bekannte «Della Casa», führt demnächst für alle Mitarbeitenden die Zertifikatspflicht ein. Das habe vor allem wirtschaftliche Gründe: «Es ist ein finanzielles Risiko, wenn ich den Betrieb runterfahren muss, weil Leute krank sind», so der Beizer gegenüber «10 vor 10». Bis am 1. November will Burkhalter sein Ziel erreichen. Schon hätten von denn 72 Mitarbeitenden alle bis auf 7 ein Zertifikat.

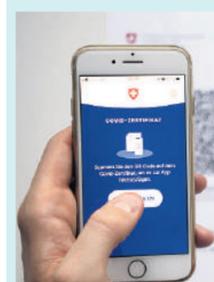
### IMPF-ULTIMATUM IN ITALIEN

Kein Wunder, reagiert jetzt auch der Verband Hotellerie Suisse mit einer Impfkampagne: Auf seiner Website schreibt er: «Obwohl bei der Arbeit in Hotels und Restaurants häufiger Kundenkontakt dazugehört, steht unsere Branche bei der Impfquote unterdurchschnittlich da. Dem möchten wir gemeinsam entgegenwirken und alle Mitarbeitenden der Beherbergungsbranche zur Impfung motivieren.» Und präsentiert Mitarbeitende der Branche, die sich geimpft haben.

Mit Druck zu mehr Geimpften: In Italien hat das offenbar gut funktioniert. Ende August setzte die Regierung von Mario Draghi der Bevölkerung ein Ultimatum: Entweder es sind bis September 80 Prozent geimpft, oder es droht eine Impfpflicht. Und das Ziel ist in Griffweite: Aktuell liegt die Impfquote der über Zwölfjährigen in Italien bei etwa 75 Prozent. Ein Wert, von dem die Schweiz nur träumen kann: Obwohl einige Impfzentren in den letzten zwei Wochen wieder mehr Andrang vermeldeten, liegt der Anteil der vollständig Geimpften gerade einmal bei 53 Prozent.

### Die Unia empfiehlt: Testen, oder noch besser – impfen!

Am Tag eins der Zertifikatspflicht war Corona auch in der Unia Thema Nummer eins. An der Branchenkonferenz des Gastgewerbes. Dort diskutierten Mitglieder darüber, ob die Unia die Impfung empfehlen solle oder besser nicht. Ein Mitglied outete sich als ungeimpft



DIGITAL: Impf-Zertifikat. FOTO: KEYSTONE

und beklagte den Druck auf die Ungeimpften. Andere gaben zu bedenken, dass gerade im Gastgewerbe viele Junge arbeiteten und unter dieser Altersgruppe besonders viele nicht geimpft seien – und warnten

davor, dass die Unia mit einer Impf-Empfehlung Sympathien verlieren könnte.

**KLARES JA.** Da platzte José Moreno der Kragen. «Es ist wichtig, dass wir zur Impfung aufrufen», sagte der Waadtländer, der seit zwei Jahren im Gastgewerbe arbeitet. «Sonst hört diese Krise nie auf!» Und seine Genfer Kollegin Nora Blakaj doppelte nach: «Denkt auch an unsere Kolleginnen und Kollegen in der Pflege. Sie sind im Dauerstress, viele bekommen ein Burnout. Gerade wir als Gewerkschaft müssen die Impfung empfehlen!» Damit war die Sache klar, die Gastro-Mitglieder verabschiedeten eine entsprechende Resolution mit grosser Mehrheit.

Auch für Unia-Präsidentin Vania Alleva ist die Impfung der beste Ausweg aus der Pandemie. Zum Zertifikat sagt sie: «Wer sich nicht impfen lassen will und bisher das Glück hatte, nicht an Covid zu erkranken, kann sich testen lassen. Noch besser wäre es, er oder sie würde sich impfen lassen.» (che)

## Charité-Streik: jetzt unbefristet

**BERLIN D.** Der Arbeitskampf in den Spitälern der deutschen Hauptstadt spitzt sich zu. Seit dem 9. September befinden sich die Mitarbeitenden der Berliner Charité – es ist das grösste Universitätsspital Europas – und der kommunalen Krankenkette Vivantes im unbefristeten Streik. Mehr als tausend Pflegekräfte beteiligten sich an den bisherigen Arbeitsniederlegungen. Hintergrund der Auseinandersetzung ist, dass sich die Spitäler weigern, mit der Gewerkschaft Verdi feste Vereinbarungen über mehr Personal zu treffen (work berichtete).

## Schreiner wollen wieder verhandeln

**BERN.** Weil die Schreinermeister ihren Mitarbeitenden partout keine Frühpensionierung gönnen wollen, steht das hölzerne Gewerbe erstmals seit neun Jahren ohne GAV da. Nun könnte sich dies ändern.

Denn an ihrer Berufskonferenz vom 4. September haben die Schreinerinnen und Schreiner ihre Verhandlungsdelegation mit einem Mandat beauftragt: Sie soll einen Ausweg aus dem vertragslosen Zustand finden – aber nicht bedingungslos. So soll es den von den Meistern gewünschten GAV Weiterbildung und Gesundheitsschutz nur im Paket mit einem neuen Schreiner-GAV geben. Auch sollen die Löhne angehoben und regionale Frühpensionierungen ermöglicht werden.



SCHREINER: Hoffnung auf GAV. GRAFIK: UNIA

## Ein neuer Glace-GAV

**GOLDACH SG.** Coole Sache: Die Unia hat mit der Firma Froneri, sie stellt Frisco- und Mövenpick-Glace her, einen besseren Gesamtarbeitsvertrag ausgehandelt. Der Mindestlohn nach dreijähriger Lehre steigt um 200 auf 4200 Franken. Für Ungelernte liegt er neu bei 3900 Franken. Zudem gibt's 15 Tage Vaterschaftsurlaub. 2017 wehrten sich die Froneri-Mitarbeitenden zusammen mit der Unia gegen einen Stellenabbau – und holten einen anständigen Sozialplan heraus. Unia-Mann Lukas Auer sagt, das habe jetzt geholfen: «Seither wissen die Chefs, dass mit der Gewerkschaft nicht zu spassen ist.»

## Temporär-Limite für den Bau

**GENÈ.** Nicht mehr als 20 Prozent Temporär-Angestellte auf öffentlichen Baustellen – das will die Genfer Kantonsregierung. Am 8. September hat sie eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet und dem Kantonsparlament vorgelegt. Mit der Einführung einer Temporär-Obergrenze käme Genf einer alten Unia-Forderung nach. Denn der Anteil von unsicherer und oft prekärer Temporärarbeit hat sich in der Schweiz seit 1995 vervielfacht. Besonders betroffen ist das Bauhaupt- und Baunebengewerbe. Dort arbeitet ein Viertel aller temporär Beschäftigten.



IN AKTION: Pierre-Yves Maillard nimmt 2019 an einer Demo teil für einen entlassenen Gewerkschafter im Vallée de Joux VD teil. FOTO: KEYSTONE

## Corona und Gesundheitswesen: SGB-Chef Pierre-Yves Maillard fordert Investitionen «Langzeitplanung statt Kurzfristdenken»

**Service public funktioniere im Gesundheitswesen nur mit gezielten Überkapazitäten in den Spitälern, sagt Maillard, der in der Waadt Gesundheitsminister war. Das zeige die Corona-Krise.**

MARIE-JOSÉE KUHN

**work: Wir erleben im Moment schon die vierte Coronawelle, wie viele kommen noch, Pierre-Yves Maillard?**

**Pierre-Yves Maillard:** Oh, keine Ahnung, vielleicht stehen wir am Ende, vielleicht auch erst am Ende des Anfangs. Wir wissen es nicht. Klar ist: so schnell verschwindet so ein Virus nicht. Und ebenfalls klar ist: in solchen Krisen verhalten sich die Stärkeren

**minister in der Waadt: Planen Spitäler und Kantone schlecht?**

Die Pandemie zeigt jene strukturellen Probleme im Gesundheitswesen, die wir schon vor der Pandemie hatten, einfach deutlicher. Statt längerfristiger Planung regiert Kurzzeitdenken. Die Finanzierung über Fallpauschalen führt dazu, dass die Kapazitäten von Spitalabteilungen sofort reduziert werden müssen, wenn sie nicht zu 85 Prozent ausgelastet sind. Und da geht es nicht nur um ein Bett, sondern auch um die dazugehörigen Pflegenden. Deshalb haben wir heute weniger Intensivbetten als noch im Herbst 2020.

Und solches Kurzfristdenken rächt sich dann halt, wenn es zu einem Peak kommt, wie jetzt gerade wieder. Plötzlich fehlen jene Pflegerinnen und Pfleger, die man vorher eingespart hat. Und die, die noch da sind, müssen noch mehr Überstunden leisten und ihre Ferien verschieben, bis sie fast zusammenbrechen. Auf ethischen Intensivstationen findet ein Exodus statt, die Pflegenden kündigen. Sie können nicht mehr. Das kommt uns teuer zu stehen.

Es bräuchte im Pflegebereich dringend ein längerfristiges Denken, eine längerfristige Planung und eine längerfristige Finanzierung. Und zwar in allen Kantonen! Service public funktioniert nur mit Langfristplanung. Die Spitäler brauchen Defizitgarantien und klare Anweisungen der Kantone, gewisse Überkapazitäten in der Intensiv-, der Notfall- und der inneren Medizin. Anders können wir solche Pandemie-Peaks nicht schaffen. Und wenn einzelne Kantone da nicht mitmachen wollen, muss der Bund einspringen.

**Und woher soll das Geld dafür kommen?**

Wie gesagt, es kommt teurer, wenn wir es nicht tun. Das hat die Coronakrise gezeigt, weil es dann drastische Massnahmen braucht, sogar einen Lockdown. Aber klar, das kostet Geld, und es ist auch sonnenklar, woher das kommen soll: Wir müssen endlich aufhören, mit Bundesgeldern und Geld aus den Sozialversicherungen Spitalbehandlungen zu subventionieren, die schon von Privatversicherern bezahlt wurden. Die Gelder der öffentlichen Hand gehören in den Service public und nicht in den kommerziellen Sektor der Medizin.

**«Wir haben heute weniger Intensivbetten als im Herbst 2020.»**

immer rücksichtslos gegenüber den sozial Schwächeren. In Krisen müssen immer Sündenböcke her, Schuldige. Und die werden dann stigmatisiert. Das zeigt die Geschichte. Im Moment werden die Kosovaren und Balkanreisenden zu solchen Corona-Sündenböcken gemacht. Letztes Jahr mussten die Jungen herhalten, die Parties feierten, oder die Älteren, die draussen spazierengingen. Das ist gefährlich, da müssen wir als Gewerkschaften wachsam sein. Was es jetzt besonders braucht, ist Rationalität und Respekt.

**Auch Toleranz gegenüber Verschwörungstheoretikern?**

Wahnsinnige Theorien gibt es immer, aber längst nicht alle Ungemachten glauben an wahnsinnige Theorien. Vielleicht haben sie nur nicht genügend Informationen. Man muss halt mit den Leuten reden!

**Ich bitte Sie darum!**

Wir Gewerkschaften fordern einfach, dass alle, die sich impfen lassen wollen, das auch problemlos tun können. Zum Beispiel, dass Impfzeit als Arbeitszeit angerechnet wird. Wir unterstützen alles, was das Impfen erleichtert.

**Sind Sie geimpft?**

Ja.

**Schon wieder sind die Intensivstationen am Anschlag. Es fehlt an Betten und an ausgebildeten Pflegenden. Sie waren mal Gesundheits-**

SGB-Chef Pierre-Yves Maillard zerpflicht den Rentensalat, den die Rechten uns servieren möchten:

# «Gockelkämpfe, Groll, Lobbyisten – und nichts als Rentensenkungen!»

**Die massiven Angriffe von rechts auf unsere Renten werde der Gewerkschaftsbund nicht hinnehmen, sagt ihr Präsident Pierre-Yves Maillard. Er erzählt aus dem Innern des Bundeshauses und droht mit dem Referendum.**

MARIE-JOSÉE KUHN

**work: Pierre-Yves Maillard, wenn Sie König der Schweiz wären, wie würden Sie die Altersvorsorge organisieren?**

**Pierre-Yves Maillard:** Das mit dem König können Sie grad vergessen, ich bin Demokrat! Aber was eine ideale Altersvorsorge wäre, kann ich skizzieren. Wir müssten wieder von den Bedürfnissen der Menschen ausgehen und nicht nur von der Weltanschauung der Demographen und Ökonomen. Diese warnen ja davor, dass heute in der Altersvorsorge immer weniger Aktive immer mehr Passiven, also Pensionierten, gegenüberstünden. Und dass unsere Renten deshalb schon bald nicht mehr finanzierbar seien. Anfang der 1970er Jahre war das noch ganz anders: Damals entschied sich das Parlament innerhalb von nur drei Jahren und praktisch einstimmig für eine Rentenreform, die eine Verdoppelung der Renten und der Abgaben vorsah.

Das ist darum interessant, weil die demographischen Perspektiven damals nicht anders waren als heute. Trotzdem hat das Parlament die Renten erhöht und nicht gesenkt. Damals fragte sich das Parlament nur: Wie hoch müssen die AHV-Renten sein, damit sie zum Leben ausreichen? Und sie kamen zum Schluss, die Renten müssten verdoppelt werden. Und dann suchten sie dafür eine Finanzierung. Sie verdoppelten auch die Abgaben. Und es gab kein Referendum, und alle waren glücklich.

Das wäre heute undenkbar, denn heute machen die Rechten das AHV-Rentalter und die Rentenhöhe abhängig von der demographischen Entwicklung und der Lebenserwartung. Zum Beispiel im Modell der Jungfreisinnigen. Wissen Sie, wie hoch unser Rentalter heute wäre, wenn das Parlament Anfang der 1970er Jahre dieses Modell umgesetzt hätte? Wir hätten heute Rentalter 71! Nur schon das zeigt, wie wahnsinnig solche Modelle sind. Eines so reichen Landes wie der Schweiz einfach nicht würdig.

**Wie hoch müssen Renten sein, die zum Leben reichen?**

Heute haben ein Drittel der Frauen keine zweite Säule und bekommen von der AHV weniger als 2000 Franken pro Monat. Jene mit zweiter Säule bekommen im Schnitt 2900 Franken BVG-Rente. Pro Monat. Für die Männer sind es durchschnittlich 3800 Franken. Und die AHV-Paarrente beträgt höchstens 3585 Franken. Die Frage ist deshalb: Genügen diese Renten? Genügen sie, um die Fixkosten zu bezahlen und um sich einige Hobbies und Aktivitäten zu leisten? Wir finden: Nein! Und die Situation wird immer prekärer, weil die BVG-Renten sinken. Ein Beispiel: Die, die 2025 pensioniert werden, erhalten bereits 20 Prozent weniger BVG-Rente als jene, die 2010 in Pension gingen bei gleichem Kapital. Wegen all dem fordern wir eine 13. AHV-Rente, analog zum 13. beim Lohn.

**Was hat sich politisch denn geändert seit Anfang der 1970er Jahre?**

Es bläst ein neuer ideologischer Wind: der Neoliberalismus. Die Rechten führen seither einen Angriff um den anderen auf alle sozialen Umverteilungsmechanismen. Diese wollen sie weghaben. Erst verkündeten sie ein soziales Moratorium, was eine gröbere Sache ist, weil der Kapitalismus, der kennt umgekehrt ja keine Moratorien. Er schreitet weiter in seiner Dynamik. Und diese Dynamik heisst: jene immer noch reicher zu machen, die schon Kapital besitzen. Lässt man den Kapitalismus einfach machen, dann vergrössert sich Ungleichheit.

**Sie rufen für den 18. September zur grossen Renten-Demo nach Bern auf. Warum ist das nötig?**

Weil wir uns gegenüber einer ideologischen Mauer befinden. Und die muss weg! Die Rechten wollen nur noch Renten Kürzungen. Das geht aber nicht, weil viele jetzt schon am Limit sind. Deshalb braucht es unsere Opposition. Konkret geht es um die AHV-Reform 2021, die jetzt in parlamentarischer Behandlung ist. Die Rechten wollen das Rentalter der Frauen heraufsetzen. Das kommt umgerechnet einer Rentensenkung gleich, und

zwar um 5,6 Prozent. Ausgerechnet bei den Frauen! Sie haben bereits heute über einen Drittel weniger Rente als die Männer, erste und zweite Säule zusammengenommen. Und verdienen immer noch rund 20 Prozent weniger für die gleiche Arbeit. Das ist inakzeptabel. Man kann doch nicht eine Revision ausschliesslich auf dem Buckel jener machen, die sowieso schon benachteiligt sind!

**Und wie schaut es bei der BVG-Reform aus?**

Nicht viel erfreulicher! Da wollen die Rechten und Pensionskassen-Lobbyisten den Umwandlungssatz im obligatorischen Bereich von 6,8 auf 6 Prozent senken. Er bestimmt die Höhe der künftigen Rente. Für ein Kapital von 100 000 Franken würden wir dann statt der heutigen 6800 Franken nur noch 6000 Franken erhalten. Also auch hier: nichts als Rentensenkungen!

Dabei gäbe es einen halbwegs vernünftigen Kompromiss, den sogenannten Sozialpartner-Kompromiss, den wir Gewerkschaften mit den Arbeitgebern ausgehandelt haben, um das Rentenniveau in der zweiten Säule halten zu können. Das Prinzip dieses Kompromisses: Wir Gewerkschaften akzeptieren, dass die BVG-Beiträge erhöht werden, und wir akzeptieren auch die Senkung des Umwandlungssatzes, aber nur, wenn gleichzeitig vor allem die tiefen Renten und jene der Frauen gestärkt werden. Und da haben die Arbeitgeber ihrerseits Konzessionen gemacht und einem Umlagemechanismus bei der Erhebung der höheren BVG-Beiträge zugestimmt. Diese werden nicht plafoniert, so dass die Reichen solidarisch mitzahlen würden. Das zusätzliche Geld wird jenen, die pensioniert werden, direkt in Rentenfranken ausgezahlt. Das verbessert die Situation vieler Frauen und kleiner sowie mittlerer Einkommen.

**«Die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen kommt einer Rentensenkung gleich – und zwar um 5,6 Prozent.»**

... und für die Pensionskassen und ihre Lobbyisten ein «sozialistischer» Sündenfall, den sie wie wild bekämpfen. Sie sitzen in der zuständigen Nationalratskommission, wie ist dort die Stimmung? Äusserst angespannt. In einer ersten Lesung hatten wir eine Mehrheit für den vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen BVG-Kompromiss. Aber bereits in der zweiten Lesung kippten einige Freisinnige weg und unterstützten plötzlich ein neues Modell, das vorher nicht einmal mit uns diskutiert wurde. Eingbracht hat es Monsieur Kuprecht von der SVP, ein Mann der Versicherer. Und es ist mehr als absurd: Die Rechte sagt uns dauernd, das Rentensystem sei zu teuer und man müsse es zugunsten der Jungen abändern. Jetzt kommen sie plötzlich mit einem Modell daher, das fast alle Renten senken will, besonders die der Jungen. Und das auch noch mehr kostet als der Bundesratsvorschlag.

**Die grösste Enttäuschung kommt von der CVP. Als Partei, die sich Mittelpartei nennt, müsste sie den Bundesratskompromiss stützen, tut sie aber nicht. Die FDP gibt mindestens auf nationaler Ebene Signale, dass sie eigentlich möchte, aber letztlich wissen die Freisinnigen nicht, was sie wirklich wollen. Und die SVP ist sowieso gegen soziale Sicherheit.**

Die grösste Enttäuschung kommt von der CVP. Als Partei, die sich Mittelpartei nennt, müsste sie den Bundesratskompromiss stützen, tut sie aber nicht. Die FDP gibt mindestens auf nationaler Ebene Signale, dass sie eigentlich möchte, aber letztlich wissen die Freisinnigen nicht, was sie wirklich wollen. Und die SVP ist sowieso gegen soziale Sicherheit.

**Wieso ist die CVP denn gegen den Bundesratsvorschlag?**

Man glaubt es fast nicht, aber es ist aus Groll. Groll auf die Arbeitgeber. Dazu muss man Folgendes wissen: In der AHV-Reform 2020 unterstützte die CVP uns Linke gegen den Arbeitgeberverband. Jetzt haben wir mit dem Arbeitgeberverband den BVG-Kompromiss ausgehandelt, und die CVP stellt sich quer. Nach dem Motto: Vogt und der Arbeitgeberverband haben uns ausgehebelt, jetzt hebeln wir sie aus.

**Ein Gockelkampf, also?**

Exakt.

**So geht Politik im Bundeshaus?**

Leider, ja. Es gibt zwischen den bürgerlichen Akteuren viel Wettbewerb, aber wenn es um die Interessen der Versicherer geht, sind sie sich dann wieder schnell einig. Aktuell haben SVP-Ständerat Kuprecht und seine Lobbyisten die Oberhand. Es sind übrigens dieselben Versicherer, die immer jammern und behaupten, die zweite Säule befinde sich in der Krise, dabei schwimmen

sie im Geld. Auch während der Coronakrise haben sie ihre Kassen weiter gefüllt. Voilà!

**Und jetzt?**

Wir müssen diesen Skandal anprangern. Und ich sage Ihnen: Fällt der BVG-Kompromiss durch, werden wir das Referendum ergreifen. Wir werden auch die Rentensenkung der Frauen in der AHV bekämpfen. Denn die Leute haben genug davon: immer länger arbeiten, immer mehr Beiträge zahlen und immer weniger Rente bekommen.

**Was ist eigentlich mit der Idee passiert, Nationalbankgeld für die Altersvorsorge einzusetzen?**

Da muss ich ein wenig ausholen. In die zweite Säule fliesst Geld von drei Seiten: von den Arbeitnehmenden, den Arbeitgebern und von den Erträgen des Kapitals. Das zum Beispiel in Obligationen angelegt wird. Jetzt sagen uns die Pensionskassenexperten, dass die Erträge aus Obligationen sozusagen im freien Fall seien und immer weniger abwürfen. Der dritte Zahler würde der zweiten Säule also immer weniger einbringen. Das hat mit der Geldpolitik zu tun und dem technischen Zinssatz. Mit diesem kalkulieren die Experten die voraussichtlichen Renditen des Kapitals. Und sie haben ihn zu lasten der Versicherten auf mickrige Niveaus gedrückt.

Ich sage: Dieser dritte Zahler bricht zwar ein, aber nur theoretisch! Denn es gibt ihn noch, nämlich bei der Schweizerischen Nationalbank. Dort hat er sich versteckt. Die Erträge der Zinsen und der Obligationen, die fehlen, erscheinen in der Bilanz der Nationalbank. Inzwischen sind die in stratosphärische Höhen angewachsen, so dass die SNB ein spezielles Konto in ihrer Bilanz hat errichten müssen, um das Geld dort zu horten. Geld, das die Nationalbank eigentlich den Kantonen und dem Bund hätte auszahlen sollen. Diese haben aber keine Ahnung, wohin mit dem Geld. Weil sie keine zukunftsgerichteten Projekte haben. Also werden die Reserven einseitig bei der SNB gebunkert. Und jetzt kommt's: Ende dieses Jahres wird diese sogenannte Gewinnausschüttungsreserve die 100-Milliarden-Franken-Grenze überschreiten. Würde ein Teil dieses Geldes in die Altersvorsorge eingeschossen als Kompensation für die Probleme, die unser Rentensystem wegen der Geldpolitik hat: wir hätten auf einen Schlag keine Probleme mehr mit unserer Altersvorsorge.

**Und warum klappt das nicht?**

Auch dagegen stimmen sich die Versicherer und ihre Politiker. Vielleicht müssten wir da mal eine Volksinitiative lancieren. Doch zuerst braucht es am 18. September ein starkes Zeichen von der Strasse gegen den rechten Rentenabbau. Kommt also alle nach Bern, es steht viel auf dem Spiel! Wir Gewerkschaften sollten endlich wieder die Strasse für unsere Anliegen zurückholen. Es gibt nämlich noch andere Themen als Corona.

**PROGRAMM 18. 9. 2021**

- 13.30 Uhr** Besammlung auf der Schützenmatte
- 14.00 Uhr** Start des Demonstrationzuges durch die Innenstadt
- 15.00 Uhr** Abschlusskundgebung auf dem Bundesplatz mit Reden und Musik

**www.frauenrenten.ch**

Die Demonstration ist eine angemeldete und genehmigte politische Veranstaltung. Alle, die das Anliegen unterstützen, sind willkommen, mitzudemonstrieren. Als politische Veranstaltung unterliegt sie gemäss den geltenden Regeln keiner Zertifizierungspflicht. Die Teilnehmenden werden gebeten, die allgemeinen Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten.



ECHTER 68ER: SGB-Chef Pierre-Yves Maillard (53) kam 1968 in einer Arbeiterfamilie in Lausanne zur Welt. Von 2000 bis 2004 war er Regioleiter bei der Gewerkschaft Smuv, danach Gesundheitsdirektor im Kanton Waadt, und seit Mai 2019 ist er der oberste Gewerkschafter im Land. FOTO: KEYSTONE



Plakat pro AHV von Hans Erni, 1947.

## Unsere AHV Rotes Tuch für die Rechten

Die AHV ist gut für die Lohnabhängigen – und schlecht für die Finanzindustrie. Deshalb bekämpft die Finanz- und Versicherungslobby die AHV. Seit Beginn.

CLEMENS STUDER

Der Sommer 1947 ging als Dürresommer in die Schweizer Wettergeschichte ein. Und als Sommer, der eine öffentliche und solidarisch

**Die Rechten bekämpften die AHV seit Beginn.**

finanzierte Alterssicherung brachte. Am 6. Juli nahmen die Schweizer Männer das AHV-Gesetz an. Am 1. Oktober

im Jahr darauf wurde die Alters- und Hinterbliebenenversicherung obligatorisch eingeführt. Finanziert durch Lohnbeiträge. Das Rentenalter lag bei 65 für Männer und Frauen. Die Minimalrente betrug 40 Franken. Damals wie heute reichte die AHV-Minimalrente bei weitem nicht zum Leben.

**GELDGIER.** Und das hatte schon damals politische Gründe. Genau wie heute noch. Denn eine Altersrente, die im preisgünstigen und stabilen Umlageverfahren finanziert wird, ist ein Stachel im Fleisch des Kapitalismus. Umlageverfahren heisst nämlich, dass das Geld direkt von Jung zu Alt fliesst – ohne Umweg über den Finanzplatz. Deshalb liefen Banken und Versicherungen bereits gegen die Einführung der solidarischen AHV Sturm. In den Jahren 1925 und 1931 gelang es ihnen noch, eine Einführung zu torpedieren. 1947 dann nicht mehr. Was den Rechten aber leider immer gelungen ist: zu verhindern, dass die AHV-Rente existenzsichernd ist. Sie wollten und wollen sich das grosse Geschäft mit der privaten Vorsorge nicht wegnehmen lassen.

Immerhin waren die frühen Gegner der AHV noch ehrlich, wenn es um ihre Beweggründe ging: Sie kritisieren, dass die AHV-Gelder dem Börsencasino entzogen seien. Im Unterschied zu den privaten «Alterssicherungen» verdienen Banken und Versicherungen daran wenig bis nichts. Die heutigen Gegnerinnen und Gegner verschleiern ihre wahre Motivation hinter «Demographie-Argumenten».

**SCHLECHTREDEN.** Die Rechten konnten die AHV irgendwann nicht mehr verhindern. Aber sie schlechtreden, aushöhlen und lächerlich machen. Die grössten Angriffe konnten Gewerkschaften und linke Parteien bisher immer abwehren. Mit Ausnahme der Einführung eines Pensionskassenobligatoriums statt der Volkspension. Laut Geschichtspräsident Hans Ulrich Jost war das «einer der grössten kapitalistischen Schachzüge». Die zweite Säule ist seither das grosse Geschäft der Versicherer – nicht der Versicherten. Eine Volkspension dagegen hätte existenzsichernde AHV-Renten gebracht.

Wissen, wundern – und nicht vergessen

# 13 Fakten zur AHV

Wer bekommt wie viel? Wann war die letzte substantielle Erhöhung? Wer bekämpft die AHV seit Jahrzehnten – und warum? Wer wollte sie an der Börse verspekulieren? Warum ist die AHV gerade für Geringverdienende und Frauen so wichtig? Zusammengestellt von Clemens Studer

## 37 Prozent

37 Prozent weniger Rente erhalten Frauen als Männer (AHV und BVG zusammengenommen). Vor allem wegen der Pensionskassen. Denn diese sind für tiefe Einkommen und Teilzeitarbeitende noch unvorteilhafter als für alle anderen Lohnabhängigen.

**23 Prozent** der erwerbstätigen Frauen sind ausschliesslich in der AHV fürs Alter versichert. Darum ist die AHV für Frauen besonders wichtig.

## 1947

sagt das Stimmvolk (genauer: die Männer) **Ja im Verhältnis 4:1 zur AHV-Vorlage.**

## 38 Prozent

der Rentnerinnen leben nur von der AHV, haben also keine zweite Säule. Bei den Männern sind es dagegen «nur» 19 Prozent.

## 63 Prozent

Die PK-Renten sind bei Frauen 63 Prozent tiefer als bei Männern. Die AHV-Renten sind bei Frauen und Männern dagegen praktisch gleich hoch.

**1918** Die Einführung einer Altersversicherung ist eine der Forderungen des Landesstreiks.

## 5,6 Prozent

Die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein Jahr entspricht umgerechnet einer Rentensenkung um 5,6 Prozent.

## 1945

Hans Sulzer, Winterthurer Konzernführer und Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (heute Economiesuisse), bezeichnet die AHV als «Vorstufe zur Diktatur». Sie führe «zur Verweichlichung, zur Schwächung des Willens zur Selbsthilfe». Hinter dem Hass der Rechten auf die AHV stand damals wie heute die Angst der Banken und Versicherungen vor einer preisgünstigen und fairen öffentlichen Altersvorsorge (siehe Spalte links).

## 1973

Das Parlament erhöht die AHV-Renten um 80 Prozent und zwei Jahre später noch einmal um 25 Prozent. Es bleiben die bisher letzten substantiellen Erhöhungen.

## 1990er Jahre

Ems-Chef Christoph Blocher und Banker Ebner wollten die AHV privatisieren und an die Börse bringen. Sie lehnen sich an das Beispiel Chiles unter dem faschistischen Putschisten Pinochet an.

## 19610 Franken

Das ist der Höchstbetrag an Ergänzungsleistungen pro Jahr für Alleinstehende. Für Ehepaare liegt er bei 29415 Franken.

## 1195 Franken

So «hoch» ist die AHV-Mindestrente.

## 13ter

Die AHV muss gestärkt werden. Darum haben die Gewerkschaften die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente eingereicht.



BUNDESTAGS-  
WAHLEN: Wird aus  
Merkel Scholz?  
FOTO: GETTY

# Deutschland wählt Nachfolge von Angela Merkel Scholz kann Kanzlerin

**Die Überraschung im deutschen Bundestagswahlkampf: Die SPD und ihr Spitzenkandidat Olaf Scholz schafften es in den letzten vier Wochen von ganz unten an die Spitze. Fragt sich allerdings, ob die Prognosen wirklich stimmen.**

MICHAEL STÖTZEL

Spott, Häm, vielleicht auch ein bisschen Mitleid. So reagierten die Medien im August letzten Jahres auf die Nomination von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten. Die SPD-Co-Präsidentinnen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, zwei Vertreter des linken Parteiflügels, hatten den eher rechten Scholz ein halbes Jahr zuvor bei der Wahl der Parteiführung geschlagen. Nicht mal in der eigenen Partei war er also sonderlich beliebt.

Sicher, in der Öffentlichkeit galt er als der bekannteste SPD-Mann. Als Finanzminister hatte er Milliarden zur Abfederung der Coronakrise ausgeschüttet (siehe «Riegers Europa» Seite 8). Ihm persönlich trauten die Wählerinnen und Wähler als künftigen Regierungschef von Anfang an mehr zu als Annalena Baerbock, der Kandidatin der Grünen, und als dem CDU-Präsidenten Armin Laschet.

## «INDIREKTE» WAHL

Doch gewählt wird in Deutschland nicht direkt eine Kanzlerin oder ein Kanzler. Gewählt

werden Parteivertreterinnen und -vertreter für den Bundestag, das nationale Parlament. Dessen Mehrheit bestimmt dann die neue Regierung. Und da schien Scholz chancenlos. Seine SPD verharrte wie festgemauert in den Untiefen von 15, höchstens 16 Prozent Wählendenanteil. Und wurde locker von den Grünen überholt, die zeitweise sogar mit der CDU um den Spitzenplatz stritten. Mitte des Jahres waren sich alle Politexpertinnen und -experten sicher: Deutschland erhält eine schwarz-grüne Regierung.

## DAS SCHOLZ-WUNDER

Dann kam die grosse Flut im Westen des Landes. Ob sie entscheidend dafür war, dass alle bisherigen Wahlvorausagen weggespült wurden, wird sich später vielleicht einmal zeigen. Jedenfalls stieg die Zustimmung für die Sozialdemokratie ähnlich schnell – ähnlich gewaltig wie das Wasser in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Ende August lagen CDU und SPD plötzlich gleichauf bei etwa 23 Prozent. Ein paar Tage später, am 5. September, kletterte die SPD auf 25 bis 26 Prozent, Tendenz weiter steigend. Laschets CDU fiel auf 20 bis 21 Prozent, Tendenz weiter sinkend. Für die Grünen sprachen sich noch 16 Prozent aus.

Und diese Verhältnisse stabilisierten sich: Der als emotionsloser «Scholzomat» und unterdessen auch als «Merkel-Klon» verspottete erzbürgerliche SPDler stolpert einfach nicht. Schon gar nicht durch lächerliche Versuche, ihn wahlweise als «linksextrem» (Junge Union) oder als Helfer von Steuerbetrügnern (Laschet) anzugreifen.

## SCHOLZ UND SEINE SKANDALE

Dabei hätte Scholz schon seine Makel. Als ehemaliger Bürgermeister von Hamburg ist er politisch verantwortlich dafür, dass prominente Steuerbetrüger davonkamen. Und aktuell muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, Geldwäscherei lässig bis nachlässig verfolgt zu haben. Das sind folgenschwerere Geschichten als Grünen-Baerbocks Schummeleien beim Lebenslauf. Oder als CDU-Laschets blödes Gekicher bei einer Gedenkfeier für Flutopfer und seine Unfähigkeit, aus dem Stand die drei wichtigsten Aufgaben zu benennen, die er als Kanzler angehen möchte. Doch beide werden ihre Fehler nicht mehr los. Während Scholz äusserlich unberührt weitermacht. Ernsthaft, mitfühlend und als sofort zupackender Kümmerer, der den Opfern von Corona und Flut beisteht, inszeniert er das inoffizielle Motto seiner Wahlkampagne: «Er kann Kanzlerin.»

Sicher ins Gewicht fällt dabei, mit welcher Selbstverständlichkeit Scholz sich als Finanzminister von der Sparwut verabschiedete.

Der während Jahrzehnten als höchstes Gut behandelten «schwarzen Null» im Budget. Neue Schulden sollen ihn auch als Kanzler nicht stören. Denn Scholz will in den kommenden Jahren mit jeweils 50 Milliarden Euro den gewaltigen Investitionsstau auflösen. Deutschland leidet, weil Strassen, Brücken und Schulen verkommen. Weil die Voraussetzungen für die allseits herbeigeredete Energiewende immer noch nicht aufgebaut sind. Weil Windräder, Solaranlagen, Stromleitungen und E-Ladestationen fehlen. Weil bei der Digitalisierung in Europa nur Albanien noch schlechter dasteht. All das ist mit Marktgläubigkeit und mit «solider Haushaltspolitik», sprich Sparwut, nicht zu machen, wie das CDU und FDP wollen.

## JA, EIN SPD-PROGRAMM

Auch wenn es in der Berichterstattung zum Wahlkampf praktisch nicht erwähnt wird; die SPD tritt mit einem Programm an, das drei Säulen beinhaltet: mehr Investitionen, leichte Steuererhöhungen für die Reichsten, eine all-

## Der «Scholzomat» stolpert einfach nicht.

gemeine Bürgerversicherung statt privater Krankenkassen. Und: Für die 20 Prozent der Arbeitenden, die zu Tieflohnen schufteten, soll der Mindestlohn auf 12 Euro steigen. Und die Tarifbindung bei den Löhnen wieder verstärkt werden. Das sind beides Forderungen, die SPD, Grüne und Linke teilen.

Stand jetzt hätten SPD, Grüne und die Linke eine Mehrheit, die das Land etwas sanieren, etwas gerechter machen könnte. Um das zu verhindern, setzt die CDU auf eine Neuaufgabe der «Rote Socken»-Kampagne, mit der sie 1994 erfolgreich war. Die Stossrichtung: Mit einer Beteiligung der Linken, also der «Kommunisten», an der Regierung ginge alles kaputt: die EU, die Nato, der Euro, die Wirtschaft. So verrückt das auch ist, setzen sich SPD und Grüne doch nur taktisch zur Wehr. Sie wollen sich die Option bei möglichen Koalitionsverhandlungen nicht nehmen lassen. Dabei bauen sie aber selbst an Hürden gegen die Linke, die zu überwinden kaum realistisch erscheint. Scholz, andere prominente SPDler und Grüne propagieren nur wenig verblümt einen Ausschluss der Linken – weil diese sich nicht zur Nato «bekennt». Dank dem eingeforderten Nato-Bekenntnis bliebe Scholz für eine Koalitionsmehrheit nur die FDP. Diese würde allerdings eine Beerdigung aller wesentlichen Ziele der SPD verlangen.

Und so könnte der sozialdemokratische Höhenflug schlagartig wieder enden und der Verlierer Armin Laschet dank Grünen und FDP am Ende doch noch zum Nachfolger Merkmels werden.

## Merkel geht – und bleibt



MICHAEL STÖTZEL

Nach den 16 Merkel-Jahren wird es gewöhnungsbedürftig werden, demnächst wieder von einem «Bundeskanzler» sprechen zu müssen. Angela Merkel hat für eine tiefgreifende Veränderung des Frauenbildes in Deutschland gesorgt. Der vielsagendste Beleg dafür ist ein Foto vom «Damenprogramm» beim Treffen der G-8-Regierungschefs im ostdeut-



MERKEL-GATTE: «Damenprogramm» mit Herrn am G-8-Treffen 2008. FOTO: KEYSTONE

schen Heiligendamm (2008). Das Foto zeigt Merkmels Ehemann, den renommierten Quantenchemiker Joachim Sauer, der sich um die Kurzweil der sieben Frauen bemüht, deren Gatten gerade Weltpolitik betreiben.

**NEUE MASSSTÄBE.** Dank Merkel ist es nicht mehr seriös, die Rollen und Befähigungen von Frauen und Männern in eine Reihenfolge bringen zu wollen. Wer eignet sich eher, wer kann was besser? Merkel hat da neue Massstäbe gesetzt. Keiner ihrer Vorgänger an der deutschen Regierungsspitze ging so ruhig, so wenig pfauenhaft, zugleich aber auch so rücksichtslos und erfolgreich mit Macht um wie sie. Das mussten zuerst eigene Parteifreunde in der CDU lernen, die

## Merkel ging ruhig, wenig pfauenhaft und zugleich rücksichtslos mit der Macht um.

sie beiseite räumte, wenn sie ihrer Vorgesetzten nicht mehr klaglos folgten. Das lernte aber auch die Bevölkerung, welche die Kanzlerin mit «Sie kennen mich» ruhigstellte. Der Mehrheit genügte das, 16 Jahre lang. Bis heute ist sie beliebteste Politikerin des Landes. Merkel hat dabei durchaus ihre Verdienste. Zum Beispiel beschloss die Naturwissenschaftlerin fast im Alleingang 2011, wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, den Ausstieg aus der Atomenergie. Sie machte, wirklich ungewöhnlich, zumindest einmal Empathie zur politischen Handlungsmaxime, als sie 2015 angesichts der grauenhaften Bilder bittere Not leidender Flüchtlingsmassen auf dem Balkan die deutsche Grenze öffnen liess («Wir schaffen das»).

**MINDESTLOHN.** Und sie sorgte auf Drängen ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. In allen drei Fällen musste sie dabei den Widerstand aus ihrer eigenen Partei brechen. Sie habe die CDU nach links gerückt, heisst es dazu. Richtiger ist wohl: Sie hat der Partei in den 16 Jahren praktisch alle Alleinstellungsmerkmale genommen. Das muss jetzt ihr Nachfolgekandidat Armin Laschet ausbaden. Ihr Abschied von der Politik ist bitter, aber auch typisch: Nach dem verlorenen Afghanistan-Krieg verbummelte ihre Regierung nicht nur die Evakuierung einheimischer Hilfskräfte. Sie nutzte auch ihre Regierungsmehrheit, um Akten zum Einsatz, die Fehler und Versagen der Nato hätten dokumentieren können, nicht unter besonderen Schutz zu stellen.

## Deutsche Wahlen Supereuropäer Scholz

Mit Spannung verfolgt auch die EU-Spitze die deutschen Wahlen. Böse Zungen sagen, die Beamten in Brüssel würden erst weiterarbeiten, wenn sie das Resultat kennen. Denn in einigen Dossiers ginge es anders weiter, wenn Rot-Grün in Berlin dominiert.

**MILLIARDEN FLIESSEN.** SP-Kanzlerkandidat Olaf Scholz war zentral für das 750-Milliarden-Aufbaupaket, das die EU vor einem Jahr



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

vereinbart hat. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire überzeugte ihn schliesslich, dass Europa angesichts der dramatischen Coronakrise handeln müsse. Jetzt dürfe man nicht mit Sparpolitik reagieren, wie nach dem Finanzcrash 2008, verlangten die lateinischen Länder Italien, Spanien, Portugal und Frankreich. Die EU

### Rot-Grün könnte beim Klima und bei den Löhnen Fort- schritte bringen.

müsse solidarisch Kredite aufnehmen und verteilen. Zum ersten Mal liess sich auch Deutschland überzeugen. Der Hauptgrund war weniger die Solidarität als die Angst vor den Rechtspopulisten, die beim Scheitern der EU überall Oberhand bekämen. Heute beginnen die EU-Milliarden zu fließen und befeuern den wirtschaftlichen Aufschwung.

**NEUE INTEGRATIONSPHASE.** Für die CDU muss dies jedoch eine einmalige Sache bleiben. Nach Corona müsse die EU wieder zurück zur Schuldenbremse von Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble. Sein Nachfolger Olaf Scholz dagegen verspricht nun, das EU-Aufbaupaket sei der «Anfang einer neuen Phase der europäischen Integration». Die EU werde die Kredite zurückzahlen und brauche dazu «eigene Einnahmequellen, etwa eine Finanztransaktionssteuer», die dann auch die Basis für ein richtiges EU-Budget wäre. «Olaf Scholz, der neue Supereuropäer» titelt deshalb das deutsche «Handelsblatt».

Eine rot-grün dominierte deutsche Regierung könnte auch anderswo eine fortschrittlichere EU-Politik fördern: Beim Klima, bei den Löhnen, bei der Besteuerung von Facebook, Amazon und Co. etc. In der Sicherheits- und Flüchtlingspolitik ist von Rot-Grün dagegen wenig zu erwarten.

**EU-SCHWEIZ.** Auch in der Schweiz hoffen einige auf einen Wechsel in Deutschland. Das SP-Co-Präsidium Mattea Meyer und Cédric Wermuth etwa ist überzeugt, dass die Chancen einer sozialen Lösung des Streits zwischen der EU und der Schweiz steigen würden. Sie haben dafür bereits ein Programm mit den Sozialdemokraten aus Deutschland und anderen EU-Ländern unterzeichnet.

## UNIA online



### Home Office in der Industrie

Bald werden die neuen Gesamtarbeitsverträge (GAV) in der Industrie ausgehandelt. Wir möchten Rechte und Schutz der Arbeitnehmenden verbessern, wenn sie daheim arbeiten. Machen Sie mit an der Umfrage: [www.unia.ch/telearbeit-industrie](http://www.unia.ch/telearbeit-industrie)

# Wirtschaftsaufschwung: Viele Firmen schreiben wieder Gewinne SGB fordert 2 Prozent mehr Lohn für 2022

## Weniger Dividenden für die Aktionäre, mehr Lohn für die Mitarbeitenden: Dies fordert der Schweizerische Gewerkschafts- bund – mit guten Gründen.

RALPH HUG

Die Kurve sagt alles: Seit mehr als fünf Jahren treten die Löhne an Ort (siehe Grafik). Es gab kaum Lohnerhöhungen. Gleichzeitig ist die Arbeitsproduktivität klar gestiegen. Das heisst nichts anderes, als dass die Arbeitnehmenden in all den Jahren mehr und besser gearbeitet, aber den Lohn dafür nicht erhalten haben. Den steckten nämlich Management und Aktionariat in Form von Boni und Dividenden in die eigene Tasche. Allen voran die Blocher-Töchter, die sich sogar mehr Dividenden auszahlen als Löhne im Betrieb der Ems-Chemie.

Schluss damit, sagt jetzt der Gewerkschaftsbund. Präsident Pierre-Yves Maillard: «Es braucht für nächstes Jahr eine spürbare Lohnerhöhung und damit mehr Kaufkraft.» Die Arbeitnehmenden in allen Branchen hätten in der

### «Die Firmen schreiben wieder Gewinne, von der Industrie über den Bau bis zum Detailhandel.»

SGB-CHEFÖKONOM  
DANIEL LAMPART

Zeichen dafür stehen gut. Mit Ausnahme von Gastronomie, Luftfahrt und Teilen des Kultursektors arbeiten praktisch alle Wirtschaftszweige wieder auf Vor-Corona-Niveau. Die Auftragsbücher sind voll. SGB-Chefökonom Daniel Lampart: «Die Firmen schreiben wieder Gewinne, von der Industrie über den Bau bis zum Detailhandel und den Banken.» Der Aufschwung ist da. Dabei ist die Schweizer Wirtschaft viel besser als andere durch die Krise gekommen. Dies dank Kurzarbeit, Krisenmassnahmen und Konjunkturpaketen, die von den

Pandemie viel geleistet, aber nicht die geringste Anerkennung beim Lohn erhalten. Jetzt sei eine Lohnanpassung zwingend. Auf den Punkt gebracht: Wer viel leistet, muss dies auch im Portemonnaie spüren. Die Vorzeichen dafür stehen gut. Mit Ausnahme von Gastronomie, Luftfahrt und Teilen des Kultursektors arbeiten praktisch alle Wirtschaftszweige wieder auf Vor-Corona-Niveau. Die Auftragsbücher sind voll. SGB-Chefökonom Daniel Lampart: «Die Firmen schreiben wieder Gewinne, von der Industrie über den Bau bis zum Detailhandel und den Banken.» Der Aufschwung ist da. Dabei ist die Schweizer Wirtschaft viel besser als andere durch die Krise gekommen. Dies dank Kurzarbeit, Krisenmassnahmen und Konjunkturpaketen, die von den



**MEHR LEISTEN FÜR DEN GLEICHEN LOHN:** Seit mehr als fünf Jahren treten die Löhne an Ort, obwohl die Arbeitnehmenden mehr und besser gearbeitet haben. GRAFIK: SGB

Gewerkschaften gegen den Widerstand der Rechten durchgesetzt wurden.

### TEUERUNGS-AUSGLEICH

Der SGB fordert mindestens 2 Prozent oder 100 Franken mehr Lohn für 2022. 1 Prozent sind nur schon wegen der Teuerung zwingend. Diese hat in letzter Zeit wieder angezogen und beträgt derzeit etwa 1 Prozent. Wird sie nicht ausgeglichen, droht ein Reallohnverlust. Wichtig für den SGB ist aber auch, dass der jahrelange Lohnstau ein Ende hat. Die Reallöhne wurden seit 2017/18 nicht erhöht, während gleichzeitig die Erträge der Firmen stiegen – und auch jetzt weiter ansteigen. An diesem Aufschwung müssten die Arbeitnehmenden teilhaben, fordert SGB-Chef Maillard.

Deutliche Korrekturen sind bei den Mindestlöhnen in den Gesamtarbeitsverträgen fällig. Diese geraten ohne Erhöhung gegenüber den Effektivlöhnen immer mehr in Rückstand. Laut Daniel Lampart funktioniert der Schutz ge-

gen Dumping je weniger, je mehr die Mindest- und Effektivlöhne auseinanderklaffen. Im Mittel stiegen die Minimallöhne zwischen 2010 und 2020 um 0,2 Prozentpunkte weniger stark pro Jahr. Unia-Chefin Vania Alleva peilt vor allem den Detailhandel an. Dieser komme gestärkt aus der Krise. «Jetzt sind die Arbeitnehmenden an der Reihe», meint sie mit Blick auf den Lohn-Nachholbedarf bei Migros, Coop, Denner und Co.

### MINDESTENS 4000 FRANKEN

Künftig soll es keine Löhne unter 4000 Franken pro Monat mehr geben. Und Alleva will speziell für die auch während der Pandemie hart arbeitenden Bauleute generell 100 Franken mehr Lohn. Das Geld für den Zustupf ist vorhanden: «Die Baukonjunktur ist wieder auf einem Höchstniveau.» Nachholbedarf bestehe aber auch im Ausbaugewerbe, in der Sicherheitsbranche sowie im Coiffeurgewerbe, wo es bis heute noch keinen 13. Monatslohn gibt.

## Das grosse Umbauprojekt der Gewerkschaft Unia hat begonnen Sektoren Ja, Sektoren Nein?

**Der Anfang ist gemacht: In den ersten Online-Konferenzen haben Mitglieder und Mitarbeitende über die Gewerkschaft gesprochen, die die Unia noch werden soll.**

JOHANNES SUPE

Das Umbauprojekt «Unia 2.0» ist gestartet. Bereits fanden die ersten drei Online-Konferenzen statt (bis zum work-Redaktionsschluss). Eine erste Zwischenbilanz lässt sich nun ziehen: Die Qualität der Diskussionen ist hoch.

### SEKTOREN: JA ODER NEIN?

Bisher besprochen wurden die Fragen, wie die Unia dafür sorgen kann, dass sich noch mehr Mitglieder an ihr beteiligen (a), wie sie noch stärker im Streik wird (b) und wie sie aussehen muss, um die Geschlechter gleichermassen teilhaben zu lassen (c). Ideen wurden aufgebracht, abgewogen, gelobt, manchmal auch verworfen.

Angenehm: Obwohl sich viele der Teilnehmenden nicht

kennen, geht man gepflegt miteinander um. Und das auch da, wo es kontrovers wird. So etwa, als ein Sekretär einwirft, dass die Sektoren der Unia – es gibt vier von ihnen, sie fassen verschiedene Branchen unter einem Hut



zusammen – der Gewerkschaft im Weg stehen. Zu starr seien sie. Und zu sehr würden sie die Sektor-Leitungen dazu verleiten, Branchen, die nicht in ihren Bereich gehören, zu vernachlässigen. Also: Weg mit ihnen! Die Antwort darauf kommt prompt von einer Kollegin: Sie fühle sich ihrem Sektor sehr verbunden, empfinde ihn auch als sinnvolle Gliederung. In der folgenden Debatte wird zunächst genau geklärt, was ein Sektor alles umfasst – wo seine Stärken und Schwächen liegen. Am Ende reden gut ein Dutzend Ehren- und Hauptamtliche darüber. Da wird deutlich, dass es sich hier um einen Kernpunkt des Unia-Umbaus handeln könnte. Möglich werden die anspruchsvollen Gespräche, da die Online-Runden sinnvoll gegliedert sind. Zuerst gibt es eine Einführung in das digitale Notizbuch Jamboard, Vorkenntnisse sind nicht nötig, ein Laptop hingegen schon. Dann werden in drei- bis fünfköpfigen

### Wie kann die Unia im Streik noch stärker werden?

Arbeitsgruppen Probleme und auch Ideen zum jeweiligen Thema gesammelt und im Jamboard festgehalten. Schliesslich kommen alle wieder zusammen, um das Besprochene gemeinsam auszuwerten. Feste Beschlüsse gibt es bewusst noch nicht. Die Konferenzen sollen vielmehr dazu dienen, Vorschläge zu sammeln und auch auszumachen, in welchem Bereich sich die Unia am meisten verändern sollte.

### NEUN WEITERE KONFERENZEN

Was man den Konferenzen wünschen kann: noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer! Bisher sind mal 20, mal 25 Personen dabei. Nach dem Erscheinen dieser Ausgabe wird es neun weitere Online-Runden geben. Wer sich noch einbringen möchte, wird sicher nicht abgewiesen.

### Welche Unia für welche Zukunft?

Die grösste Gewerkschaft der Schweiz befragt ihre Mitglieder. Diskussion in offenen Online-Konferenzen:

#### Die Termine

- 21. 9.** Interprofessionelles Selbstverständnis
- 24. 9.** Gewerkschaftliche Wüsten erschliessen
- 28. 9.** Anspruch als politische Akteurin
- 1. 10.** Internationale Gewerkschaftsarbeit
- 6. 10.** Professionelle Führungs- und Arbeitsweise
- 11. 10.** Mitgliederentwicklung
- 14. 10.** Bildungsangebot
- 20. 10.** Ressourcenverschlebung auf Terrain
- 26. 10.** Vertretung der Sprachregionen

Jeweils 18–20.30 Uhr  
Infos und Anmeldung unter: [unia.ch/Unia2.0](http://unia.ch/Unia2.0)



Larifari und lusche Tricks bei der St. Galler Elektrofirma Voltec AG

# Stromer-Stifte wehren sich gegen Chef-Pärchen

**Man arbeite «streng nach GAV», behauptet die Elektrofirma Voltec. Doch ihre Stromer berichten von dreisten Schummel-Methoden.**

JONAS KOMPOSCH

Gefunkt hat's in der St. Galler Stromerfirma Voltec AG schon vor geraumer Zeit – und zwar zwischen Geschäftsführer Rick Rosenast (38) und Finanzchefin Andrea Fischer (32). Das Pärchen hatte das Unternehmen für Elektroinstallationen 2018 von einer mittlerweile gelöschten Pleitefirma übernommen. Heute ist Voltec ein florierender Betrieb mit zwei Unterfirmen, einer

**«Diese Bude zockt uns Buezer ab.»**  
EX-VOLTEC-STIFT TOBIAS

ter 7 Lehrlinge. Dem Chef-Pärchen läuft's so gut, dass es Anfang Jahr in ein vornehmes Anwesen an bester Hanglage eingezogen ist. Ein ungerechter Luxus, finden viele Voltec-Stromer. Elektroinstallateur-Stift Tobias\* (19) er-

klärt, warum: «Diese Bude zockt uns Buezer ab.» Im Betrieb sei das bekannt. Doch die meisten Arbeiter seien Osteuropäer mit unsicherem Aufenthaltsstatus und hätten deshalb Angst, sich zu wehren. Und auch die ungewöhnlich vielen Stifte trauten sich kaum, das Maul aufzumachen. Tobias aber sagt: «Wir Lehrlinge sind dort nichts anderes als billige Arbeitskräfte.»

## WERKZEUG SELBER ZAHLEN

Die Ausbildung sei nämlich miserabel. So habe er in nur drei Jahren drei verschiedene Lehrmeister gehabt, darunter Chef Rosenast. Doch weder er noch sonst jemand habe sich ernsthaft um die Lernenden gekümmert. «Hopp, hopp!» habe es stets nur geheissen. Lehrlingsgespräche habe er dagegen nur viermal gehabt – statt wie üblich mindestens einmal pro Halbjahr. Und die Bildungsunterlagen für das erste Lehrjahr habe ihm die Firma erst im zweiten Jahr ausgehändigt.

Nach drei Jahren «nur Spitzen und Röhrli-Ziehen» hatte Tobias genug. Er reichte die Kündigung ein und fand einen neuen Lehrbetrieb. Seine Bilanz: «Beim neuen Chef habe ich in einem Monat mehr gelernt als bei Voltec in drei Jahren.» Auch stehe ihm jetzt ein Spannungsmessgerät zur Verfügung. Nicht einmal diese sicherheitsrelevante Standardausrüstung habe ihm Voltec gegeben. Für die Aushändigung von sonstigem Werkzeug hingegen habe ihm die Voltec über 100 Franken vom Lehrlingslohn abgezogen. Dies, obwohl das Gesetz eindeutig besagt: Arbeitgeber müssen ihren Angestellten sämt-

ches Material zur Verfügung stellen, das sie für ihre Berufstätigkeit benötigen. Für den Lehrling ist klar: «Das war die reinste

zeit» beginne erst auf der «Baustelle mit Werkzeug», und zwar stets um 7 Uhr. Auf der Baustelle eintreffen müssen die Monteure gemäss Reglement aber schon um 6.45 Uhr!

Trotzdem haben Voltec-Arbeiter immer wieder ihre tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden rapportiert – schriftlich auf einem Formular. Aber auch in diesem Fall wusste sich die Firma zu helfen: Im digitalen Stundenrapport wurde aus der angegebenen Arbeitszeit auf wunderbare Weise eine kürzere Zeit. Das belegen Rapportauszüge, die work vorliegen. Vom Stunden-Schwindel besonders betroffen seien die Lehrlinge, die das Gesetz vor über neunstündigen Arbeitstagen schützt. Montagetage-Elektriker Daniel\* (24) sagt: «Ihnen



SPANNUNG: Elektrofirma Voltec unter Strom. FOTO: ZVG

Abzockerei.» Und überhaupt – korrekt sei nicht einmal der Zahltag gewesen. Zu diesen Vorwürfen will sich die Firma nicht äussern (siehe Kasten). Sie hält nur fest, man richte sich «streng nach dem GAV».

Tobias kann's belegen: Zusammen mit seinem Anwalt hat er eine Liste von nicht bezahlten Mittagsspesen erstellt. Fast 2600 Franken schulde ihm demnach die Voltec.

**«Wir Lehrlinge sind dort nichts anderes als billige Arbeitskräfte.»**  
EX-VOLTEC-STIFT TOBIAS

Auch sonst habe ihn die Firma übers Ohr gehauen. So habe er für eine Baustelle in Kreuzlingen TG jeden Morgen mit dem Zug anreisen müssen – über eine Stunde pro Weg, komplett auf eigene Kosten. Und nicht einmal die Fahrzeiten seien vergütet worden. Dabei ist der Elektro-GAV in beiden Punkten klar: 16 Franken Mittagsspesen bei auswärtiger Arbeit. Und wenn die Arbeit auf der Baustelle beginnt, gilt die zeitliche Differenz, die den Arbeitsweg vom Wohnort des Arbeitnehmers zum Betrieb übersteigt, als Arbeitszeit.

## STUNDEN-SCHWINDEL

Vom Fahrtwegs-Lohnbschiss kann auch der ehemalige Voltec-Stromer Murat\* (20) ein Lied singen. Er sagt sogar: «Bei Voltec ist der Arbeitsweg grundsätzlich unbezahlt.» Er zum Beispiel habe ein Jahr lang von St. Gallen Winkeln bis nach Arbon TG fahren müssen. Das sind täglich 40 Minuten Autofahrt – gratis und franko für die Firma. Tatsächlich schreibt Voltec in einem internen Reglement: Die «Arbeits-

zeit» regelmässig Zeit abgezockt.» Er habe da irgendwann nicht mehr zuschauen können und sich für die jungen Kollegen eingesetzt. Mit fatalen Konsequenzen: Daniel stand nämlich kurz vor der Weiterbildung zum Projektleiter. Der Voltec-Chef Rosenast habe dies anfänglich sehr begrüsst. Doch als Daniel im Chefbüro das Kurs-Anmeldeformular unterzeichnen lassen wollte, erhielt er kein Autogramm. Sondern die Kündigung.

## Und das sagt die Voltec: «Streng nach GAV»

Auf Anfrage mochte sich Voltec nicht zu den konkreten Vorwürfen äussern, die work detailliert vorgelegt hat. Finanzchefin Andrea Fischer schreibt aber, Voltec richte sich «streng nach dem Gesamtarbeitsvertrag», lege «viel Wert auf eine fundierte Lehrlingsausbildung» und stelle den Mitarbeitenden Leihwerkzeug zur Verfügung.

**KONTROLLE.** Überprüfen wird das demnächst die Paritätische Kommission für das Elektrogewerbe. Dort hat die Unia nämlich Alarm geschlagen, ebenso beim kantonalen Lehrlingsamt wie auch beim Ostschweizer Verband der Elektrobranche. Dessen Präsident, Markus Wäger, verspricht, der Sache nachzugehen: «Falls sich die Vorwürfe erhärten, werden wir Massnahmen gegen unser Verbandsmitglied ergreifen.» (jok)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DER MASSENMORD DES HUNGERS

Die Zahlen sind fürchterlich. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder dessen direkten Folgen. Mehr als 17 000 Kinder jeden Tag. Jeder zehnte Mensch auf dieser Erde ist permanent schwerstens unterernährt.

**Die Covid-Seuche hat weitere 235 Millionen Menschen in den Abgrund des Hungers gestürzt.**

Wer Geld hat, isst und lebt. Wer keines hat, leidet, hungert und geht zugrunde.

Gemäss einem Bericht der Uno-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) hat die Covid-Seuche weitere 235 Millionen Menschen in den Abgrund des Hungers gestürzt: wegen zerfallender Produktion, gesperrter Transportwege, fehlender Arbeitskraft.

## OPPOSITION AUF WELTERNÄHRUNGSKONFERENZ.

Im riesigen Versammlungsraum des Glaspalastes der Uno am East River in New York tagt seit Anfang des Monats die Generalversammlung. Bereits im Juni berief Uno-Generalsekretär António Guterres eine Vor-Konferenz ein. Hauptakteure: die zehn Privatkonzerne, die zusammen 85 Prozent der auf den Markt kommenden Nahrungsmittel, ihre Lagerung, ihren Transport und ihre Verteilung kontrollieren. Ende dieses Monats soll in New York eine Welternährungskonferenz bindende Beschlüsse fassen.

Die Opposition der afrikanischen und asiatischen Agrarstaaten sowie der grossen Bauerngewerkschaften, zum Beispiel der Via Campesina, die über 200 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit weniger als einem Hektar Land, aber auch Pächter und landlose Tagelöhnerinnen umfasst, ist radikal.

Der alljährliche Bericht der FAO sagt, dass die Weltlandwirtschaft beim heutigen Stand ihrer Entwicklung problemlos 12 Milliarden Menschen, also fast das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung, ernähren könnte ... wenn die Nahrungsmittelverteilung gesetzlich geregelt und nicht bloss von der Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten abhängig wäre.

Denn das Problem ist die Verteilung, nicht die Produktion. Dem widersprechen gegen alle Evidenz die Konzerne. Sie wollen in grossem Umfang Zugang zum Agrarland in der südlichen Hemisphäre, um dort mit gentechnisch veränderter Saat zu wirtschaften. Die Bauerngewerkschaften dagegen verlangen das sofortige Verbot der Börsenspekulation mit Grundnahrungsmitteln (Reis, Getreide, Mais). Sie fordern die EU auf, nicht mehr mit ihren Agrarprodukten zu Dumpingpreisen die afrikanischen Märkte zu überschwemmen. Und sie wollen, dass die erdrückenden Auslandsschulden der 50 ärmsten Länder gestrichen werden.

**WO STEHT DIE SCHWEIZ?** Die Bundesverwaltung ist uneinig. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit im Aussendepartement steht mehrheitlich auf der Seite der Bauerngewerkschaften. Dagegen wird in der Landwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsdepartements von Bundesrat Guy Parmelin die Solidarität mit den Konzernen gepflegt. Während ich dies schreibe, ist das Verhandlungsmandat des Bundesrates für die Schweizer Delegation am New Yorker Welternährungsgipfel noch nicht definitiv formuliert. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SP und Grünen müssen eine öffentliche Debatte erzwingen und die Unterstützung der Schweiz für die Oppositionsstrategie der Bauerngewerkschaften durchsetzen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

\* Namen geändert.

# Die Fotografin der Regenbogen-«Familie» «Ich war wie die Puffmutter im Fuess»

**Liva Tresch (88) steht offen zu ihrer Homosexualität. Auch damals, als sich Lesben, Schwule und Bisexuelle noch verstecken mussten. Und sie schoss einmalige Bilder in der Zürcher Barfüsser-Bar.**

MARIE-JOSÉE KUHN | FOTOS LIVA TRESCH

Ihrem Kopf gehe es noch sehr gut, sagt Liva Tresch am Telefon. Nur die Beine und der Rücken, die seien müde geworden. Kein Wunder, bei so einem bewegten Leben: Geboren 1933 in Gurtellen, Uri. Uneheliches Kind, dann Pflegeeltern: «Ich war ein Unfall, aber das sagte mir meine Mutter nie. Aber sie sagte, ich hätte ihr das ganze Leben versaut.» Statt Liebe sexuelle Übergriffe durch den Pflegevater. Mit fünfzehn von zu Hause weggejagt: «Ich kämpfte mich fortan alleine durchs Leben.»

Und dann passierte es: Kollegen nahmen Tresch in eine Schwulenbar im Zürcher Niederdorf mit: «In der Ecke sass eine junge Frau, die aussah wie ein Bütel, mit kurzen dunklen Haaren und schönen grossen Augen. Meine Kollegen sagten, das sei eine Schwule.

Das Wort «Lesbe» brauchte man in den fünfziger Jahren noch nicht. Ich musste sie immer anschauen und fand sie wunderschön.» Und plötzlich dämmerte es ihr: «Ich bin unehelich, dumm und

jetzt auch noch schwul! Herrgott, du Schafseckel, was fällt dir nur ein! Ich wollte direkt nach Sisikon und von der Axenstrasse runterspringen, da gibt es keine Saurerei. Tagelang war ich völlig ausser mir, doch irgendwann fand ich: Du Gott, wenn du mich schon so gemacht hast, dann nimm mich auch, wie ich bin.»<sup>1</sup>

## KONICA UND ROLLEI-BLITZ

Die Regenbogenfahne hängt am Haus. Tresch sagt: «Schon lange, aber auch für die Abstimmung vom 26. September» (siehe Text rechts). Und sie wolle gerne Folgendes im work lesen: «Regenbogenkinder sind Wunschkinder – und keine Unfälle! Nicht so wie sie, sagt Tresch: «Ich komme aus feinsten heterosexuellen Verhältnissen und hatte eine schreckliche Kindheit! Dies ganz im Gegensatz zu ihren Urgrosskindern, die alle drei Regenbogenkinder sind aus wunderbar lesbischen Familien. Gezeugt vom Samen eines schwulen Sponsors und Freundes von Tresch.

Es war zwischen 1963 und 1970: Da avancierte Liva Tresch zur Szenefotografin in der Zürcher Regenbogen-Bar Barfüsser, dem «Fuess». Sie hatte das Exklusivrecht zum Knipsen. Mit Konica und Rollei-Blitz hielt sie «meine Familie fest». An der Fasnacht, sonst an Festen, an der Frauenbar und an der Männerbar. Entstanden sind einmalige Zeitdokumente der schwullesbisch-transsexuell-bisexuellen Kultur dieser Jahre.<sup>2</sup> Dokumente ausgelassener Stimmung, obwohl man und frau damals «ungeheuer überwacht», diskriminiert und verfolgt wurden. Oder vielleicht gerade deswegen, meint Tresch: «Im «Fuess» waren wir geschützt. Die von der Securitas, die auch zur Gemeinde gehörten, passten auf, dass keine Schläger reinkamen.»

Und wer ein Foto von sich wollte oder eines ihrer Liebsten, steckte einfach einen Zweifränkler in ein Couvert und die Nummer des gewünschten Bildes. Und Tresch lieferte, ohne die Namen der Bestellenden zu kennen. Die kannte nur Barman Max. Schliesslich musste man sich vor dem Verpfeifen schützen. Nie habe sie jemanden verpfeifen, sagt Liva Tresch, stolz darauf bis heute. Dabei «chlönt» immer alle bei ihr: «Ich sah nie aus wie ein Fotograf, ich war wie eine Puffmutter!» Und Tresch lacht.

## DAHINTER UND DOCH DABEI

Und dann wurde «aus mir Bauerntogel» doch noch was, erzählt Liva Tresch. Als Fotografin bildete sie sich immer weiter. Zum Beispiel kniete sie sich im Colorlabor ihres ehemaligen Laborchefs in die neue Farbtechnik rein. Kodak und Agfa wollten sie abwerben. Und 1968 kam dann das eigene Geschäft in Zürich, ebenfalls mit Labor. Und mit Partnerin Katrin. Ihr Fotoapparat sei ihr Leben gewesen, erzählt Tresch: «Mit ihm fühlte ich mich wohl. Wenn ich an einem Fest war, versteckte ich mich hinter ihm und war trotzdem dabei.»



**REGENBOGEN-PARTY:** Das Zürcher Lokal war der Treffpunkt für Schwule, Lesben, Bi- oder Transsexuelle. Fotografin Liva Tresch (unten ganz rechts) war hinter der Linse mit von der Partie. FOTOS: LIVA TRESCH / SOZIALARCHIV; SWISS LEZZY



**GLÜCKLICHES PAAR:** Für Peter (links) und Andrea ist die Gleichstellung von Lesben und Schwulen noch immer ein Kampf. FOTO: NICOLAS ZOVVI



# Zwei Bähnler und Gewerkschafter im Liebesglück: «Ich würde sofort Ja sagen!»

**Gewerkschafter Andrea Pace (54) und sein Peter (57) haben miteinander ihr Glück gefunden. Das wünschen sie sich auch für andere homosexuelle Paare. Nun hoffen sie auf ein Ja zur «Ehe für alle» am 26. September.**

PATRICIA D'INCAU

Es war Liebe auf den ersten Blick, als sich Andrea und Peter zum ersten Mal begegneten. 13 Jahre ist das her, aber Peter weiss es noch genau: «Vom ersten Tag an war ich dir», sagt er und schaut liebevoll zu seinem Partner, der neben ihm sitzt. Sanfter Jazz läuft im Hintergrund, die Vormittagssonne scheint auf die üppig bepflanzte Terrasse. Rosen, Palmen, Lilien: Ein Hauch von Paradies, am äussersten Rand des Zürcher Unterlands.

## STEINIGER WEG

Seinen genauen Wohnort möchte das Paar nicht in der Zeitung lesen, genauso wenig wie Peters Nachnamen. Er arbeitet als Zugbegleiter bei den SBB und sagt: «Da bin ich sehr exponiert und auch angeschrieben.» Gerade jetzt, in der Coronazeit, sei das heikel. «Ich merke: Die Zündschnur ist bei vielen sehr kurz.» Da als Homosexueller erkannt zu werden ist riskant, denn: «Leider kommt es auch in der Schweiz immer wieder zu Übergriffen.» Im Mai etwa wurde in Zürich ein 20-jähriger im Tram zusammengeschlagen, weil er schwul sei. Bis dahin hatte die Stadtpolizei seit Jahresbeginn schon rund zwei Dutzend Angriffe registriert. Und wiederholt kommt es in den letzten Wochen in der ganzen Schweiz zu

Vandalekten gegen Plakate und Fahnen, die für die «Ehe für alle» werben (siehe Box).

Trotzdem: Aus ihrer Liebe ein Geheimnis machen, das kommt für Andrea und Peter nicht in Frage. «Unsere Arbeitskolleginnen und -kollegen zum Beispiel wissen alle Bescheid, einige kennen Peter sogar», erzählt Andrea. Auch er ist bei den SBB angestellt, arbeitet in der Betriebszentrale am Zürcher Flughafen. Daneben ist er aktiver Gewerkschafter beim SEV.

Gefunden hat sich das Bähnler-Paar aber nicht im Job, denn Peter ist erst über Andrea zu den SBB gekommen. Sondern bei der HAZ, einem Treffpunkt für die Regenbogen-Community in Zürich. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen treffen sich hier.

2008 gibt es eine Gruppe für homosexuelle Väter. Peter ist da, Andrea auch. Beide stehen am Anfang ihres Coming-outs, sind noch verheiratet. Und merken schnell: Sie haben auch sonst viel gemeinsam. «Wir führen beide 18 Jahre lang eine Ehe mit Frauen, die Sternzeichen Waage sind. Wir haben beide zwei Kinder, jeweils im gleichen Alter», erzählt Peter. Beide hätten sie ausserdem Trompete gelernt. «Und», ergänzt Autoliebhaber Andrea lachend, «beide führen wir ein grünes Auto!» Peter einen grünen Golf, Andrea einen grünen Alfa.

Ab da nimmt die Liebesgeschichte Fahrt auf. Zusammen finden die beiden Männer ihr Glück. Doch der Preis dafür ist hoch. Vor allem für Andrea. Mit seinem Outing verliert er alles, was er sich bis dahin aufgebaut hat. Nur weil er schwul ist und nicht hetero. Er erinnert sich: «Von dem Moment an, in dem ich meinen Liebsten und Engsten gesagt habe, dass ich Männer liebe, habe ich gespürt: Ich habe keine Unterstützung mehr. Meine besten Freunde

haben mich verlassen. Mein Vater und meine Schwester haben sich abgewandt. Meine Frau hat mich rausgeworfen.»

Natürlich verstehe er, dass sie verletzt gewesen sei, aber: «Ich hätte gerne mit ihr gemeinsam einen Weg gefunden.» Doch das gelingt nicht. Es folgt ein langjähriger Rosenkrieg. Gespräche sind nicht mehr möglich. Und auch Schwester und Vater halten bis heute Abstand: «Die ersten zehn Jahre haben wir nur ein paar mal telefoniert», sagt Andrea.

Rückblickend ist für ihn klar: «Hätte ich gewusst, was alles auf mich zukommt: Ich glaube, ich hätte den Mut nicht gehabt, diesen Schritt zu machen.» Aber er weiss auch: «Noch länger meine Gefühle unterdrücken und mich selber verleugnen: das hätte ich nicht überlebt.»

## LÄNGST ÜBERFÄLLIG

Andreas einziger Halt in dieser Zeit ist Peter. Bei ihm läuft das Coming-out besser. Natürlich habe es auch in seiner Familie etwas Zeit gebraucht, aber: «Heute ist meine Ex-Frau unsere beste Freundin.» Sie kommt zum Essen vorbei, passt auf die Wohnung auf, wenn das Paar auf Reisen ist. Sogar gemeinsame Ferien gibt es. Peter sagt: «Sie hat mich nicht verloren. Sondern jemand weiteren dazugewonnen! Gäll, Schatz?» Er lächelt zu Andrea.

Und auch die vier Kinder halten zu ihren Vätern: Andreas Töchter und Peters Söhne. Mittlerweile sind sie erwachsen, 26 und 24 Jahre alt. Doch die aktuelle Diskussion darum, ob gleichgeschlechtliche Paare Kinder haben sollen, lässt das Liebespaar nicht kalt. «Es würde mir richtig fehlen, keine Kinder zu haben», sagt Andrea. Für ihn ist klar: «Ich will, dass andere schwule Paare diese Möglichkeit haben.» Dass eine Familie nur aus Frau und Mann bestehen

soll, versteht er nicht. Schliesslich würde die Hälfte der Ehen geschieden, und: «Es kann mir niemand erzählen: Die perfekte Ehe, das sind Mann und Frau und da ist alles wunderbar. Das ist einfach nicht die Realität!» Wichtiger als das Geschlecht der Eltern sei, dass sich ein Kind geliebt fühle. Und dass sich die Eltern ihrer Verantwortung bewusst seien. Gerade da ist sich Peter sicher: «Wenn ein Homopaar eine Familie gründet, ist das immer ein reifer Entscheid. Weil es für sie auf diesem Weg sehr viele Hürden gibt – rechtlicher Natur, aber auch, was die gesellschaftliche Akzeptanz betrifft. Diese Hürden haben Heteros schlichtweg nicht.»

Und auch wenn die beiden überzeugt sind, dass sich die Gesellschaft in den vergangenen Jahren gewandelt und geöffnet hat: Die kommende Abstimmung um die «Ehe für alle» zeigt auch, dass die Gleichstellung von Lesben und Schwulen noch immer ein Kampf ist. «Dabei nehmen wir ja niemandem etwas weg», sagt Andrea. «Wir wollen einfach die gleichen Rechte wie Heteros.»

ANDREA, SBB-MITARBEITER

Und werden sie Ja sagen, wenn das Volk am 26. September Ja sagt? Peter wiegt ab: «Es gibt in der Schweiz ja auch noch die Heiratsstrafe. Verheiratete bekommen weniger Rente als Ledige.» Für ihn, der viele Kinder und nicht immer eine zweite Säule hätte, wäre das ein Problem. Aber: «Ich glaube, dieses Thema wird die Politik als nächstes angehen. Und dann werden wir uns das mit der Ehe überlegen.» Andrea lächelt: «Ich würde sofort Ja sagen!»

## «Ja» zur Ehe für alle!

Eigentlich war das Thema gegessen: Das Parlament hatte letzten Dezember nach jahrelanger Diskussion beschlossen, dass auch homosexuelle Paare künftig heiraten dürfen. Dann lancierten Teile der SVP und der EDU das Referendum. Gleiche Rechte für alle: das passt den Reaktionsnarrinnen und Reaktionsnarrern nicht.

## KEIN ZWANGSOUTING MEHR.

Denn auch wenn es für gleichgeschlechtliche Paare heute die eingetragene Partnerschaft gibt: einige Rechte sind nur Verheirateten vorbehalten. Neben Versicherungen und Erfragen geht es dabei um vereinfachte Einbürgerung, die gemeinsame Adoption eines Kindes oder den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Ein breites Bündnis von Schwulen und Lesbenverbänden, bürgerlichen bis linken Parteien sowie Menschenrechtsorganisationen mobilisiert deshalb für ein Ja am 26. September. Darunter der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB). Denn: Die Ehe ist auch arbeitsrechtlich relevant. So haben Verheiratete etwa Anrecht auf gemeinsame Ferien- und Freizeiten. Und heute ist die Angabe des Zivilstands («in eingetragener Partnerschaft») bei Bewerbungen mit einem Zwangsouting verbunden. (pdi)

1 Ein ausführliches Portrait von Liva Tresch publizierte Corinne Ruffi 2015 in ihrem Sammelband «Seit dieser Nacht war ich wie verzaubert – frauenliebende Frauen über siebzig erzählen», Verlag Hier und Jetzt.  
Und auch im Film «Kätzchenball» (2005) von Regisseurin Veronika Minder erzählt Liva Tresch ihre Geschichte.  
2 Ihren Foto-Schatz hat Liva Tresch dem Sozialarchiv übergeben.

# Sensationelles Urteil des Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg: Rechte der Arbeitnehmenden sind wichtiger als Unternehmerfreiheit

**Ist endlich Schluss mit gewerkschaftsfeindlichen Urteilen in der EU? Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat einen wegweisenden Entscheid getroffen. Er schützt die Arbeitnehmerrechte klar.**

RALPH HUG

Schauplatz Norwegen: Im Hafen von Drammen in der Nähe von Oslo wollte die Firma Holship Norge SA vier Dockarbeiter anstellen, um ihre Schiffe be- und entladen zu lassen. Aber: Sie wollte die Arbeiter ausserhalb des geltenden Gesamtar-

**Seit 1940 gilt für alle Hafendarbeiter in Norwegen ein GAV.**

beitsvertrags (GAV) beschäftigen. Und sie schlechter bezahlen. Als die Transportgewerkschaft davon erfuhr, beschloss sie einen Boykott der Holship-Schiffe: Niemand mehr im ganzen Hafen sollte sich an den Löscharbeiten von Schiffen dieser Firma beteiligen.

Dadurch sollte Holship gezwungen werden, sich an den GAV zu halten und nur Leute anzustellen, die dem Vertrag unterstehen. Dieser gilt für alle Häfen im Land und ist eine Errungenschaft der norwegischen Gewerkschaftsbewegung seit 1940. Vorher hatten in den Docks unwürdige Zustände ge-

herrschte. Die schwer arbeitenden Hafendarbeiter wurden wie Tagelöhner behandelt und mit miesesten Löhnen abgespeist. Der GAV beendete diese Missstände.

## PROZESS-STAFETTE

Doch die Firma Holship verklagte die Transportgewerkschaft. Der Boykott sei rechtswidrig. 2016 kam der Streit vor das oberste Gericht Norwegens. Die Richterinnen und Richter nahmen die Reederei in Schutz: Durch den Boykott werde die Firma in ihrem Grundrecht auf Wirtschaftsfreiheit zu stark beeinträchtigt. Pikant: Zuvor hatte das Gericht noch die Meinung des EFTA-Gerichtshofs eingeholt. Bekanntlich ist Norwegen, genau wie die Schweiz, nicht Mitglied der EU, sondern der Freihandelszone EFTA. Das EFTA-Gericht nahm ebenfalls Holship in Schutz. Es fand sogar, ein Boykott tangiere nicht nur die Freiheit der Firma, sondern schmälere auch noch die Rechte der übrigen Holship-Büezer, die in Drammen nicht arbeiten könnten.

Seit Jahren warteten Rechtskundige

deshalb gespannt auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Die norwegische Transportgewerkschaft hatte diese Höchstinstanz angerufen. Der EGMR wacht über die Einhaltung der Menschenrechtskonvention. Seine Urteile sind verbindlich, auch in der Schweiz. Der britische Rechtsexperte John Hendy von der Universität Bris-

nahmen in Europa unter Berufung auf die Wirtschaftsfreiheit Kollektivverträge einfach unterlaufen könne oder nicht.

Seit dem 10. Juni 2021 ist die Sache klar: Der Boykott der Gewerkschaft ist legal, fand der EGMR abschliessend. Die Begründung hat es in sich: Die Wirtschaftsfreiheit sei kein Grundrecht, das dem Grundrecht auf Versammlungs- und Verei-

los würden. Genau dies wäre aber die Konsequenz, wenn es Firmen wie Holship erlaubt wäre, einen GAV einfach so zu unterlaufen.

## LERNT DER EU-GERICHT?

Damit hat der EGMR offensichtlich eine Bombe platzen lassen. Denn das Urteil dürfte Auswirkungen haben, vor allem auf den EU-Gerichtshof (EuGH). Dieser stellt die Arbeitnehmerrechte in seinen Urteilen bisher gerne hinten. Genau dies spielte in der Debatte um das Rahmenabkommen mit der EU eine wichtige Rolle. Dreht jetzt also der Wind? Beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) jubelt man jedenfalls. Endlich habe der EGMR zugunsten der Arbeitnehmenden und ihres Grundrechts auf Streik entschieden.

Für die EGB-Sekretärin Isabelle Schömann steht das Urteil einer einseitigen Bevorzugung von Unternehmensinteressen entgegen: «Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einem faireren Gleichgewicht bei der Abwägung von Grundrechten.» Auch Luca Cirigliano vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund zeigt sich erfreut: «Zum Glück gibt es den EGMR als Gegengewicht zum EuGH!»

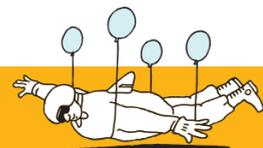


**UNTER GEWERKSCHAFTSFEINDLICHER FLAGGE: Die Firma Holship verklagte eine norwegische Transportgewerkschaft.** FOTO: ZVG

tol unterstreicht die Bedeutung des Streiks. Er sagt: «Der Holship-Fall ist einer der bislang wichtigsten für das europäische Arbeitsrecht.» Es gehe um die Grundsatzfrage, ob ein Unter-

nehmensinteressen vorginge. In der Güterabwägung dürften die wesentlichen Elemente der Vereinigungsfreiheit nicht derart beeinträchtigt werden, dass sie substanz-

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Krieg und andere Drogen: Die Steinzeitkrieger der Taliban besiegten Hightech-Armee der USA

**Der Krieg in Afghanistan hat die USA und ihre Nato-Freunde 2000 Milliarden Dollar gekostet. Und er war von Anfang an sinnlos. Doch spiegeln sich in ihm technologische, gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Und er liefert der GSoA einen Kollateralnutzen.**

Vor zwanzig Jahren hat die Nato Afghanistan überfallen. Und dies, obwohl die Attentäter des 11. September 2001 vorab aus Saudiarabien stammten. Daraus entstand der längste Krieg in der Geschichte der USA. Gewonnen haben ihn die Steinzeit-Taliban.

**ENDE MIT SCHRECKEN.** Einen hohen Blutzoll haben neben der Zivilbevölkerung rund 120 000 tote Taliban-Kämpfer bezahlt. Im Gegensatz dazu fielen nicht einmal 4000 Nato-Soldaten.

15 Mal weniger als im Vietnamkrieg. Allen war klar: Nach dem Abzug der USA und ihrer Verbündeten werden die Taliban die Macht übernehmen. Deshalb hat Ex-Präsident Donald Trump nur mit den Taliban verhandelt. Ohne dass die US-Mariottenregierung auch nur am Katzentisch sitzen durfte.

Für wen in aller Welt hätten die schlecht bezahlten afghanischen Söldner-Soldaten auch nur einen Tag lang kämpfen sollen? Wären ja alle



**SIEG DER TALIBAN: Teures Rüstungsmaterial bringt gegen hochmotivierte Steinzeitkämpfer rein gar nichts.** FOTO: AFP

schön blöd gewesen! Der wahre Held des Abzuges ist im Brechtschen Sinne der hochkorrupte afghanische Ex-Präsident Aschraf Ghani. Er setzte sich mit ein paar Dutzend Millionen Dollar in einen Helikopter und flog nach Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar. Um ein unnötiges Blutvergiessen zu vermeiden. Mehr Gutes konnte er nicht tun.

Der sinnlose Krieg hat die US-Amerikaner und ihre Nato-Freunde 2000 Milliarden Dollar gekostet. Und

somit pro Einwohnerin oder Einwohner Afghanistans 100 000 Franken.

Der verlorene Krieg beweist, teures Rüstungsmaterial bringt selbst gegen motivierte Steinzeitkämpfer rein gar nichts. Kein Detail: Die F-35-Superkampfmaschinen – von denen Armeeministerin Amherd rund drei Dutzend kaufen will – kamen beim Abzug gar nicht zum Einsatz. Die US-Generäle trauen diesen anfälligen Hightech-Fliegern nicht über den Weg. Diese Tatsache ist als Kollateral-

nutzen zusätzliche Gratismunition für die Gruppe Schweiz ohne Armee.

US-Präsident Joe Biden hat ein Ende mit etwas Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorgezogen. Im Rückblick wird seine Bilanz vielleicht gar nicht so schlecht aussehen. Beim Abzug kamen 13 US-Amerikanerinnen und -Amerikaner ums Leben. Und dies nicht einmal wegen der Taliban. Dank der super leistungsfähigen Biden-Luftbrücke schafften 160 000 Menschen den Sprung ins Ausland. Und jetzt lassen die Taliban offenbar noch alle verbleibenden Yankees und deren Hilfskräfte abreisen.

**OPIUM FÜRS VOLK.** Afghanistan ist kein Land, sondern ein Flickenteppich von Landstrichen, die von unterschiedlichen Ethnien kontrolliert werden. Die Menschen haben sich in den letzten zwanzig Jahren an das Manna des vom Westen finanzierten Kriegs-Keynesianismus gewöhnt. Wenn unter den Taliban kein Geld mehr fliesst, werden die lokalen Kriegsfürsten, die Warlords, zu jenen Waffen greifen, die sie versteckt haben.

Die Taliban wissen das. Denn sie hatten zwanzig Jahre Zeit nachzudenken. Sie tauschen deshalb Geld gegen Wohlverhalten. Gegen genügend Cash werden sie selbst den Frauen Rechte zugestehen und brav den Islamischen Staat bekämpfen, mit dem sie verfeindet sind. Beides in ihrem und unserem Interesse.

Zwei Trümpfe hat Europa bisher noch nicht gespielt:

**Trumpf 1:** 90 Prozent der weltweiten Opiumproduktion stammen aus Afghanistan. Auch die Taliban finanzierten sich zu einem schönen Teil über den Drogenhandel. Wenn in Europa endlich auch harte Drogen kontrolliert abgegeben werden, bricht dieses Geschäft weg. Und die segensreiche Abhängigkeit von westlichen Zahlungen würde weiter zunehmen.

**Trumpf 2:** Die Europäische Union müsste die vorübergehende Schwäche der USA nutzen, um das Iran-Atomabkommen wieder in Kraft zu setzen, und auf Sanktionen ganz verzichten. Vorausgesetzt, Iran richtet eine Sicherheitszone für jene Flüchtlinge ein, die den gekauften Taliban noch nicht ganz trauen.

Das alles wird Jahr für Jahr eine grosse Stange Geld kosten. Aber immer noch weniger als die Weiterführung eines Krieges, der von Beginn weg sinnlos war.

Die USA wollen, dass die Deutschen mindestens 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Aufrüstung ausgeben. Noch-Kanzlerin Angela Merkel hat dies verhindert. CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet will nachgeben. Der Ausweg: Deutschland erhöht die Hilfe für die zivilen Aufbauhilfen und lässt sich das anrechnen. Und alle könnten das Gesicht wahren.



ZWEIFACH ENTLASSEN: Schon 2010 hat sich Hans-Ulrich Brunner gegen seine Entlassung gewehrt, und work berichtete auf der Titelseite darüber. FOTO: SEVERIN NOWACKI

So rücksichtslos wurde Hans-Ulrich Brunner (62) rausgeworfen:

# «Ich war ihnen zu alt und zu teuer»

**Zweimal vertraut Papiertechnologe Brunner einer Firma. Zweimal widmet er ihr Jahre seines Arbeitslebens. Zweimal verliert er am Ende die Stelle. Jetzt muss er erleben, wie schwer es ältere Arbeitnehmende ohne Stelle haben.**

JOHANNES SUPE

Ja, er ist gerne bereit, mit work zu reden. Schon wieder. Und so empfängt uns Hans-Ulrich Brunner in seinem Haus im Berner Aaretal. In der kleinen Gemeinde fehlen Villen und sonstiger Pomp. Den Herrn Brunner kennt man hier als «Uele». Auch «Ueles Haus» sticht nicht heraus. Es ist beschaulich eingerichtet: weisse Plättli, ein Holzofen, kleine Metallautos zieren die Holzleiste über der Gartentür, an der Wand kleben einige Sinnsprüche wie «Wo die Liebe den Tisch deckt, schmeckt das Essen am besten.» Gross ist vor allem der weite Garten. Neben grasen die Kühe der benachbarten Höfe.

Es ist das Heim, auf das der «Uele» ein Leben hingearbeitet hat. Leicht gemacht wurde ihm das nicht. Denn der 62-jährige Hans-Ulrich Brunner musste erleben, wie eine Firma, für die er lange Jahre gearbeitet hat, ihn auf die Strasse stellte. Zwei Mal, wenn auch auf unterschiedliche Arten.

## VON DEISSWIL NACH WIMMIS

Zwei Stationen prägen das Arbeitsleben des gelernten Papiertechnologen. Zunächst war da seine langjährige Beschäftigung in der früheren Kartonfabrik Deisswil BE. Anfang der 1990er hatte er sich dort zum Schichtführer hinaufgearbeitet. Brunner erinnert

sich: «In dieser Zeit habe ich beschlossen, mein Haus zu kaufen.» Doch 2010 war Schluss in Deisswil. Die österreichischen Werksbesitzer hatten das Interesse am Schweizer Karton verloren – und 253 Beschäftigte sollten ihre Stelle verlieren. Zusammen mit der Unia wehrten sich Brunner und Kollegen gegen die Fabrikschliessung, demonstrierten in Wien. Brunner zierte sogar die work-Titelseite. Trotz allem: Am Ende musste er sich eine neue Stelle suchen.

Station zwei: die Nitrochemie in Wimmis BE. Brunner sagt: «Ich kannte dort niemanden, habe mich einfach blind beworben.» Als er die Stelle im September 2010 erhielt, war bei ihm die Erleichterung gross. Nur der Lohn, der war jetzt tiefer, die Arbeit zwar regelmässiger, aber entsprechend ohne Schichtzulagen. So wird das Abbezahlen des Hauses etwas schwieriger. Trotzdem nennt Brunner die ersten acht Jahre bei der Nitrochemie «die tolle Zeit». Denn in Wimmis kümmert sich ein Teil der Nitrochemie um die Haltbarkeit von Papier, entsäuert alte Schriftstücke, etwa für Museen. Brunners Beitrag: die im Prozess anfallenden Säuren wieder aufzubereiten. 15 000 bis 20 000 Liter täglich bereiten er und seine Kollegen in einem fragilen Prozess wieder auf. Für die Umwelt ist das ein Segen.

## ZU ALT, ZU TEUER

Doch im neunten Jahr, es war Mitte 2019, lernt Brunner den anderen Teil der Nitrochemie kennen: die Rüstungsproduktion. Aufträge waren ausgeblieben, und so wollten Brunners Vorgesetzte sein sechsköpfiges Säureaufbereitungsteam verkleinern. Einer aus der Equipe ging in Pension. Der zweite, den es traf, war Brunner. Damals 60 und damit der älteste Verbliebene. Er erinnert sich: «Mir war damals klar: Ich war zu alt, zu teuer.»

Brunner erhielt eine Änderungskündigung. Sein Chef hatte ihm angedeutet, dass sein Lohn um 200 Franken gekürzt werde. Tatsächlich waren es 392 Franken weniger.

Der nun 61-jährige sollte künftig Teil der Rüstungsherstellung sein. Die Nitrochemie gehört der bundesnahen Ruag (45 Prozent) und dem deutschen Rheinmetall-Konzern (55 Prozent). Und in Wimmis wird auch Panzermunition hergestellt. Eine hochsensible Arbeit. Doch oft soll es vor allem schnell gehen. Mehrfach muss Brunner die Aufgaben wechseln. Mal sortiert er Vorprodukte der Munition. Dann heisst es, er sei zu langsam. Schliesslich landet er im «Betonsarg». So nennen die Beschäftigten jene Arbeitsstätte, wo Material von einer gewaltigen Presse gedrückt

**«Es war richtig, sich zu wehren. In beiden Fällen. Ansonsten wär es schlimmer gekommen.»**

PAPIERTECHNOLOGE HANS-ULRICH BRUNNER

wird. Die Arbeit setzt ihm zu: «Wenn dieses Monstrum stampft, vibriert der Boden.» Er erleidet Angstzustände.

Mittlerweile hat das Pandemiejahr 2020 begonnen. Brunner, der in der Vergangenheit mehrere Lungenembolien erlitten hat, wird von seinem Arzt als Risikopatient eingestuft. Darum muss er der Arbeit ab März 2020 zunächst fernbleiben. Die Zeit nutzt er für eine Aussprache mit dem Chef, macht deutlich, dass er auf der jetzigen Stelle nicht weiterarbeiten kann, und bittet um eine andere. Doch statt eines neuen Aufgabengebiets bekommt er Ende Mai den blauen Brief. Brunner sagt, er habe kein Bemühen bemerkt, ihm eine angemessene Arbeit zuzuteilen. Genau das aber hätte das Unternehmen tun müssen. Für ältere Mitarbeitende mit vielen Dienst-

jahren gilt in der Schweiz ein (etwas) strengerer Kündigungsschutz. Brunner wendet sich an die Unia Berner Oberland. Die vermutet eine missbräuchliche Kündigung. Ob die Kündigung das wirklich war, ist nicht gerichtlich festgestellt. Denn nachdem die Unia interveniert, einigt sich die Firma mit Brunner auf die Zahlung von vier Monatslöhnen. Auf Nachfrage erklärt die Nitrochemie, dass dort «arbeitsrechtliche Vorschriften und Auflagen eingehalten» würden, auch im «angesprochenen Fall». Aus Gründen des Datenschutzes wolle sich das Unternehmen aber nicht weiter äussern.

## KEIN ARMER SCHLUCKER

Nun hat es der Papiertechnologe wieder mit Schriftstücken zu tun, aber solchen, die er selbst verfassen muss. Er erklärt: «Zuerst hat das RAV acht Bewerbungen pro Monat von mir verlangt, mittlerweile noch fünf.» Rund sechzig Betriebe hat er bis heute angeschrieben. Doch Brunner bekommt zu spüren, wie schwer es für ältere Facharbeiter ist, eine neue Stelle zu finden. Nur zwei Antworten erhielt er. Allerdings zog ein Pharmaunternehmen sein anfängliches Angebot zugunsten eines jüngeren Bewerbers zurück. Und auch aus einer Anstellung als Abwart einer Schule wurde schliesslich nichts. Im April 2023 wird Brunners Anspruch auf Arbeitslosengeld auslaufen. Ob er bis dahin eine Stelle findet? Unklar sei das, sagt er, sehr unklar. Trotzdem wird er es weiter versuchen.

Was ihm bleibt, ist sein Haus. Und ein armer Schlucker sei er schliesslich auch nicht geworden, sagt Brunner selbstbewusst. So ist er, «der Uele»: nicht bedrückt, denkt gerne auch zurück an die guten Zeiten in der Arbeit. Und er zieht ein zuversichtliches Résumé: «Es war richtig, sich zu wehren. In beiden Fällen. Ansonsten wär es schlimmer gekommen.»

## Zugang zu Baustellen: Erfolg für die Unia in Basel

**Kein Wasser, keine Seife, kein Desinfektionsmittel! Doch die Bâloise-Versicherung wollte der Unia den Zutritt zu ihrer Baustelle verweigern, und die Staatsanwaltschaft wollte nicht ermitteln. Jetzt muss sie, sagt das Appellationsgericht.**

CHRISTIAN EGG

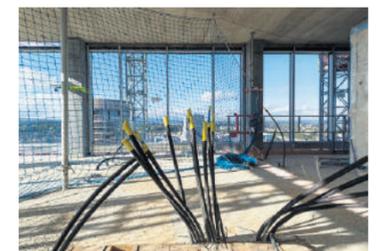
Es ist März 2020, die erste Coronawelle überrollt die Schweiz. In Basel gehen bei der Unia mehrere Meldungen ein, dass auf einer Grossbaustelle im Stadtzentrum die Hygienemassnahmen des BAG nicht eingehalten würden. Manuel Käppler und Lucien Robischon

**«Die Verantwortlichen wollten die katastrophalen Zustände verschleiern.»**

MANUEL KÄPPLER, UNIA

vom Bauteam der Unia wollen sich ein Bild machen und die Buezer über ihre Rechte informieren.

Zuerst verläuft der Besuch normal. Doch beim letzten Gebäude gibt's ein Problem. Zwei Männer von der Bauleitung stellen sich den beiden in den Weg und verwehren ihnen den Zugang. Unia-Mann Käppler berichtet: «Ei-



WEDER SEIFE NOCH WASSER auf der Bâloise-Baustelle in Basel. FOTO: KEYSTONE

ner von ihnen wurde gar handgreiflich und schubste Lucien.»

Es ist nicht irgendeine Baustelle: Bauherrin ist die Bâloise-Versicherung, die hier, gleich neben dem Bahnhof, ihren Hauptsitz umbaut. Einer der beiden Männer ist Bauleiter der Bâloise, der andere Vertreter der Generalunternehmung. Zumindest er sollte wissen: Gewerkschafter haben das Recht, Arbeiterinnen und Arbeiter zu informieren. Und wer sie ohne guten Grund daran hindert, handelt unrecht.

## ZUSTÄNDE VERSCHLEIERT?

Käppler und Robischon wissen das. Deshalb rufen sie die Polizei und zeigen die beiden Bauleiter wegen Nötigung an. Nach einigem Hin und Her können sie die Baustelle betreten. Und stellen, so Käppler, beim Coronaschutz «katastrophale» Zustände fest: weitgehend weder Seife noch Desinfektionsmittel, auf den WC nicht einmal fließendes Wasser zum Händewaschen. Für Käppler ist klar: «Die Verantwortlichen wollten das verschleiern.»

Jetzt sagt das Appellationsgericht Basel-Stadt: Für diesen Verdacht besteht zumindest eine «Grundlage». Und kippt deshalb einen Entscheid der Staatsanwaltschaft. Die war der Ansicht, die beiden Bauleiter hätten «offensichtlich» keine Nötigung begangen. Und wollte das Verfahren gar nicht an die Hand nehmen. Dagegen wehrte sich die Unia mit Erfolg.

Im Urteil kommt die Staatsanwaltschaft schlecht weg: «Ob im konkreten Fall ein Zutrittsrecht für die Gewerkschafter bestand, ist eine Frage, die von einem Gericht und nicht von der Staatsanwaltschaft zu entscheiden ist.» Besonders peinlich für Polizei und Staatsanwaltschaft: Laut dem Urteil steht nicht einmal der Sachverhalt fest «und muss weiter abgeklärt werden.»

Die Bâloise schreibt, sie bestreite sämtliche Vorwürfe, wolle aber wegen des laufenden Verfahrens nicht Stellung nehmen. Sanja Pesic, Leiterin der Unia Aargau-Nordwestschweiz, freut das Urteil: «Das bestärkt uns in unserem Einsatz für die Arbeitenden und für bessere Schutzmassnahmen.»



# Die neue Bauarbeiten- verordnung kommt.

Jetzt  
informieren  
[suva.ch/  
bauav2022](https://suva.ch/bauav2022)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.  
Deswegen wurde die Bauarbeitenverordnung überarbeitet  
und noch sicherer gemacht. Informieren Sie sich jetzt  
über Änderungen, die für Sie per 1. Januar 2022 verbindlich sind.

 Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS  
[www.ekas.ch](https://www.ekas.ch)

**suva**

# Ökologie und Arbeiterbewegung: Milo Probst erforscht radikale Brüche Für einen Umweltschutz der 99 Prozent

**Gewerkschaften haben historisch ein zwiespältiges Verhältnis zum Umweltschutz. Doch ohne Werktätige gibt es keine ökologische Wende. Das zeigt Historiker Milo Probst in seinem neuen Buch.**

JONAS KOMPOSCH

Anstatt kulinarisch zu experimentieren oder den Keller zu entrümpeln, schrieb Milo Probst im Corona-Lockdown kurzerhand ein Buch. Ein Schnellschuss ist das Erstlingswerk des 30-jährigen aber nicht. Seit Jahren forscht der Doktorand zur Geschichte des Umweltschutzes und jener der Arbeiterbewegung. Aber nicht aus der Warte des universitären Elfenbeinturms, denn Probst ist selbst aktiv in der Klimabewegung. Er kennt die akuten politischen Herausforderungen aus nächster Nähe.

## DOPPELTES SCHEITERN

Davon zeugt sein Buch, in dem er gleich zu Beginn eine weitherum geschürte Hoffnung zerpfückt. Nämlich, dass sich der Kapitalismus auf «Grün» trimmen lasse. Für Probst eine Illusion. Denn aufgrund des Konkurrenzprinzips sei letztlich jede Firma bei Strafe ihres Untergangs dazu gezwungen, die Profitmaximierung im Zweifel höher zu gewichten als eine intakte Umwelt. Hier sieht der Historiker eine Parallele zum Schicksal der Lohnabhängigen. Auch ihre Interessen – etwa Gesundheit, faire Arbeitszeiten, guter Lohn – stünden im kapitalistischen Wettbewerb zwangsläufig in schroffem Gegensatz zu den Interessen des Kapitals. Wenn also hinter der Ausbeutung von Mensch und Natur derselbe Mechanismus steckt, dann liegt die Interessengemeinschaft von Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung auf der Hand, würde man meinen. Leider Fehlanzeige, weiss Historiker Probst. Objektiv habe die arbeitende Klasse zwar durchaus ein besonderes Interesse am Umwelt-



WÜSTENLANDSCHAFT: Historiker Milo Probst vor dem vertrockneten Sihlsee bei Euthal SZ. FOTO: KEYSTONE

und Klimaschutz. Denn je ärmer jemand sei, desto härter treffe sie oder ihn die Naturzerstörung. Trotzdem habe sich dieses objektive Interesse in der Praxis längst nicht immer durchgesetzt. Oft sei es sogar genau andersrum gewesen. Dass also Arbeiterinnen und Arbeiter sich gegen ökologische Anliegen gewehrt hätten. Als Beispiel nennt Probst die deutsche Bergbaugewerkschaft IG BCE. Diese unterstützt bis heute die Ausweitung der Braunkohlereviere und giftet gegen die Klimabewegung. Dass dahinter die berechtigte Angst vor Arbeitslosigkeit steht, blendet Probst nicht aus. Im Gegenteil: Nur wenn Umweltschutz als eine soziale Frage betrachtet würde, liesse sich ein neues «Wir» entdecken. Doch genau in diesem Punkt ortet Probst Defizite, historisch gesehen sogar ein «doppeltes Scheitern»:

## Es gibt keinen «grünen» Kapitalismus.

und Klimabewegung. Denn je ärmer jemand sei, desto härter treffe sie oder ihn die Naturzerstörung. Trotzdem habe sich dieses objektive Interesse in der Praxis längst nicht immer durchgesetzt. Oft sei es sogar genau andersrum gewesen. Dass also Arbeiterinnen und Arbeiter sich gegen ökologische Anliegen gewehrt hätten. Als Beispiel nennt Probst die deutsche Bergbaugewerkschaft IG BCE. Diese unterstützt bis heute die Ausweitung der Braunkohlereviere und giftet gegen die Klimabewegung. Dass dahinter die berechtigte Angst vor Arbeitslosigkeit steht, blendet Probst nicht aus. Im Gegenteil: Nur wenn Umweltschutz als eine soziale Frage betrachtet würde, liesse sich ein neues «Wir» entdecken. Doch genau in diesem Punkt ortet Probst Defizite, historisch gesehen sogar ein «doppeltes Scheitern»:

Umweltschutz sei nämlich lange ein elitäres Unterfangen gewesen, das die breite Masse am liebsten von der Natur habe fernhalten wollen. Zugleich hätten Industriegewerkschaften teils noch immer keinen Ausweg aus ihrem historischen Dilemma gefunden: Ihre Forderungen würden eine stetig wachsende Wirtschaft voraussetzen. Gleichzeitig sei es gerade der kapitalistische Wachstumszwang, der zu ökologischen Katastrophen führe. Und darunter leide wiederum die wirtschaftlich schwache Bevölkerung am meisten.

## ALLIANZEN SCHMIEDEN

Probst schlägt deshalb eine grundsätzliche Neuorientierung vor, einen «Umweltschutz der 99 Prozent». Dabei dürfe Umweltschutz nicht mehr als isoliertes Anliegen verstanden werden, sondern als Teil eines thematisch breiten und globalen Fortschrittsstrebens. Denn die Aufgabe der Gegenwart sei klar: «Es geht darum, alles zu ver-

ändern.» Umweltschutz müsse sich demnach mit Kämpfen für Gesundheit, für würdige Arbeit oder für Frauenrechte verbünden – ebenso mit Initiativen gegen Rassismus und Kolonialismus. Denn jeder dieser Teilbereiche sei unmittelbar mit den anderen verknüpft. Wie aber sollen etwa ein Automobilfabrikarbeiter und eine junge Ökoaktivistin Verbündete werden? Sind solche Allianzen nicht einfach Wunschdenken eines Klimabewegten? Kaum, denn Probst beschreibt eine ganze Reihe ähnlich unerwarteter Bündnisse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie machen sein Buch besonders lesenswert – und zu einer Quelle der Inspiration.



Milo Probst: **Für einen Umweltschutz der 99%**, Nautilus-Verlag, Hamburg 2021, 198 Seiten, ca. CHF 25.–.

## work1x1 der wirtschaft

Hans Baumann



## BRAVO BIDEN! SCHLUSS MIT SCHWEIZER STEUEROASEN

Anfang Jahr hatte US-Präsident Joe Biden vorgeschlagen, die Mindeststeuer auf Unternehmensgewinnen global auf 21 Prozent festzusetzen. Die Finanzminister der grössten Handels- und Industrienationen haben diesen Vorschlag jetzt im Sommer ziemlich abgeschwächt und sich innerhalb der G20 auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent geeinigt. Gelten würde diese Bestimmung für grosse, international tätige Unternehmen.

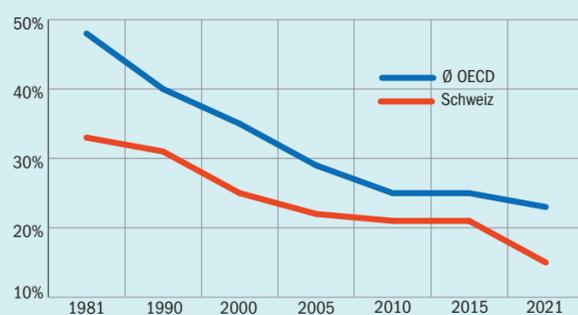
**SCHUB NACH UNTEN.** Die Unternehmenssteuern sind in den letzten Jahren weltweit stark heruntergefahren worden. Seit 1980 hat sich der Steuersatz im Durchschnitt aller OECD-Länder mehr als halbiert und ist von rund 48 auf 23 Prozent gesunken. Neue Steueroasen wie die Cayman-Inseln oder Irland sind entstanden und haben den Steuerwettbewerb zwischen den Ländern angefeuert. Zu diesen Steueroasen zählen viele Schweizer Kantone.

Auch in der Schweiz hat sich die Steuerbelastung der Unternehmen mehr als halbiert. Einen Schub nach unten hat es durch die letzte Revision der Unternehmenssteuern (STAV) gegeben. Dieses Jahr beträgt der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz nur noch 14,9 Prozent, und viele Kantone liegen deutlich darunter, so etwa Zug mit 11,9 oder Luzern mit 12,3 Prozent. Für grosse international tätige Firmen oder Holdinggesellschaften gibt es zusätzliche Steuererleichterungen, so dass der Steuersatz je nach Kanton nochmals um bis zu 8 Prozent tiefer sein kann.

**MINIMALLÖSUNG.** Die Wirkung des fatalen Steuereinnahmeverlustes war nicht nur, dass einzelne Länder Steuereinnahmen an Steueroasen verloren haben, sondern auch, dass die Unternehmenssteuern insgesamt zurückgegangen sind. Als Ausgleich wurden deshalb die Steuern auf Löhnen oder die

## Abwärtswettlauf bei den Unternehmenssteuern

Gewinnsteuersatz ordentlich besteuerteter Unternehmen in Prozent



QUELLE: OECD, IFO, ZAHLEN SCHWEIZ – DURCHSCHNITT ALLER KANTONE

Mehrwertsteuer erhöht. Vom Mindeststeuersatz von 15 Prozent werden zahlreiche Schweizer Kantone betroffen sein, und die neue Regelung dient einer gewissen Steuerharmonisierung innerhalb der Schweiz. Deshalb ist eine solche globale Regelung ein Fortschritt: im Interesse aller Arbeitneh-

menden, deren Steuerbelastung in den letzten Jahren zugenommen hat, und auch der KMU, die nicht das Privileg zusätzlicher Steuererleichterung haben oder ihren Firmensitz in Steueroasen verlegen können.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

## Gertrud Woker im Kino Rebellische Chemikerin

Gertrud-Woker-Strasse heisst seit 1981 ein kurzes Veloweglein im Berner Länggassquartier. Es ist schweizweit die einzige öffentliche Würdigung dieser herausragenden Pionierin. Gertrud Woker (1878–1968) war die erste Chemieprofessorin im deutschsprachigen Raum. Zunächst hochgeschätzt, stiess sie bald auf Widerstände von eifersüchtigen Kollegen. Umso mehr, als «Fräulein Professor» für Frauenstimmrecht, Lohngleich-



Gertrud Woker als junge Frau. FOTO: ZVG

heit und gegen die Kommerzialisierung der Wissenschaft kämpfte. Mit dem Ersten Weltkrieg begann sie eine intensive antimilitaristische Agitation und warnte vor den Folgen eines Gas- und später eines Atomkriegs. Damit wurde die Bernerin weltberühmt, aber auch bedroht, bespitzelt und zuletzt als «Wahnsinnige» in eine «Nervenheilanstalt» gesteckt. Jetzt porträtiert erstmals ein packender Dokumentarfilm die vergessene Heldin.

**Die Pazifistin** von Fabian Chiquet und Matthias Affolter, Schweiz 2021, 75 Minuten, jetzt im Kino.

## Brian K. auf Instagram Post aus Pöschwies

Wegen eines Justizirrtums wird er schon als 10-jähriger in Handschellen abgeführt. Und als 12-jähriger verbringt er 8 Monate in Erwachsenengefängnissen. Es folgt eine Jugend zwischen Psychiatrie und Justizvollzug. Heute ist Brian K. (25) der berühmteste Häftling der Schweiz. Seit über drei Jahren sitzt er im Zürcher Gefängnis Pöschwies in Isolationshaft (eine Stunde Hofgang, kein Kontakt zu Mitgefangenen). Das widerspricht laut Nils Melzer, dem Uno-Sonderberichterstatter über Folter, internationalen Normen. Diese erachten mehr als 15 Tage Einzelhaft als grausam. Aber was sagt eigentlich Brian dazu? Und was zu den Medien, die mit ihm als «Messerstecher Carlos» Geld und Politik machten? Antworten gibt ein neuer Instagram-Account. Dort postet ein Künstlerkollektiv laufend Kärtchen, die Brian in seiner Zelle betextet und nach draussen schickt.

Instagram: [mein\\_name\\_ist\\_brian](#)

## Ärztin vor Gericht Akte Urwyler als Podcast

Was Natalie Urwyler widerfahren ist, ist derart skandalös, dass man es kaum für möglich hält. Als Oberärztin am Berner Inselspital arbeitete sie jahrelang am Limit des Menschenmöglichen, auch als sie schwanger war. Und selbst dann noch, als sie während der Arbeit ihr Ungeborenes verlor. Urwyler kritisierte die Spitalleitung wegen Frauendiskriminierung und mangelhaften Mutterschutzes. Dann bekam sie ein Kind, darauf die Kündigung. Dagegen zog die Ärztin vor Gericht und gewann. Doch Urwylers Kampf geht weiter – für alle Frauen des Inselspitals. Die ganze unfassbare Geschichte gibt es jetzt als spannenden Podcast – produziert von der jungen Agentur «Elephant Stories».

Den fünfteiligen Podcast **Die Akte Urwyler – was kostet das Frau-Sein?** gibt es auf Spotify usw.



**Das offene Ohr**

**Paolo Marchi**  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Arbeitsort: Darf mich mein Chef einfach versetzen?

Ich bin Vater geworden und möchte mein Pensum auf 40 Prozent reduzieren. Mein Chef ist mit dieser Pensumreduktion nicht einverstanden. Zudem will er, dass ich neu an einem anderen Standort arbeite. Habe ich ein Recht auf die Pensumreduktion? Und darf mein Chef mich einfach an einen anderen Standort versetzen?

**PAOLO MARCHI:** Zweimal Nein. Es gibt kein Recht auf eine Herabsetzung des Arbeitsverhältnisses auf 40 Prozent. Es handelt sich um eine Änderung Ihres Arbeitsvertrages, und dazu müssen beide Parteien einwilligen. Ihr Chef darf Sie jedoch auch nicht an einen anderen Standort versetzen. Zwar darf



**HEUTE HIER, MORGEN DORT:** Der Wechsel an einen anderen Arbeitsort muss zumutbar sein. ILLU: ISTOCK

die Firma über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Mitarbeitenden im Betrieb allgemeine Anordnungen erlassen und ihnen besondere Weisungen erteilen, die aber zumutbar sein müssen. Und diese Weisungen haben die Mitarbeitenden nach Treu und Glauben zu befolgen. So steht es in Art. 321 d des schweizerischen Obligationenrechts. Der Wechsel muss also zumutbar sein. Und dauernde Wechsel des vereinbarten Arbeitsortes bedürfen der Zustimmung beider Parteien. Ihr Chef kann aus zwingenden betrieblichen Gründen einseitig eine vorübergehende Verlegung des Arbeitsortes anordnen, doch nur dann, wenn dies für Sie im Hinblick auf Ihr Privatleben, insbesondere auf den Arbeitsweg, zumutbar ist. In Ihrem Fall ist die Verlegung des Arbeitsortes als unzumutbar einzuschätzen.

## Arbeitslosenkasse: Riskiere ich mit einer Einsprache noch mehr Einstelltag?

Ich habe einen Entscheid der Arbeitslosenkasse bekommen: Sie will mir weniger Taggelder auszahlen, hat also Einstelltag ausgesprochen. Ich bin nicht einverstanden und möchte deshalb diese Verfügung anfechten. Dabei habe ich jedoch Bedenken: Könnte es sein, dass das zuständige Kompetenzzentrum feststellt, dass die Arbeitslosenkasse zu wenig Einstelltag ausgesprochen hat, und daher noch mehr Taggelder streicht?

**PAOLO MARCHI:** Nein. Als versicherte Person haben Sie gemäss dem Sozialversicherungsgesetz das Recht, mit einer Einsprache eine Verfügung der Sozialversicherung anzufechten. Die Versicherung kann die Verfügung zwar zu Ihren Gunsten oder zu Ihren Ungunsten abändern. Beabsichtigt die Versicherung jedoch, die Verfügung zu Ihren Ungunsten abzuändern, muss sie Ihnen vorher die Gelegenheit zum Rückzug der Einsprache geben. Sie dürfen also die Verfügung frei anfechten, ohne Gefahr zu laufen, dafür bestraft zu werden. Das gilt auch für eine Beschwerde am Versicherungsgericht.

Das sind die Regeln bei der Pflege von kranken oder verunfallten Kindern, Eltern, Lebenspartnerin oder Lebenspartner

# Freie Tage für die Betreuung kranker Kinder

**Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen ist nicht immer leicht. Erst recht nicht, wenn jemand aus der Familie erkrankt und Betreuung braucht. work erklärt Ihnen, worauf Sie als Berufstätige Anspruch haben.**

MARTIN JAKOB

Lilly war wohl etwas zu mutig: Beim Bäumeklettern hat sich die Vierjährige zwei Brüche zugezogen und muss operiert werden. Der elfjährige Lukas ist an Leukämie erkrankt und zu einem ersten stationären Aufenthalt im Spital angemeldet; der Krankheitsverlauf ist ungewiss. Martha, 85, wohnt noch in ihrer eigenen Wohnung, benötigt aber intensive Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen, weshalb ihre drei Kinder sie abwechselnd betreuen. In welchen Fällen entstehen den Familienangehörigen welche Rechte auf Urlaub und Entschädigung?

### KURZURLAUB ELTERN

Erkranken oder verunfallten Familienangehörige, hängt das Recht auf Urlaub für Angehörige von der Schwere des Ereignisses ab. Bei Krankheiten oder Unfällen mit geringen Komplikationen und absehbar günstigem Verlauf – wie etwa bei einer Grippe oder einem Beinbruch – haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Anrecht auf bezahlten Urlaub zur Betreuung des Familienmitglieds. Dieser Urlaub beträgt aber höchstens drei Tage pro Ereignis und höchstens zehn Tage pro Jahr.

- Die Firma darf ein Arztzeugnis verlangen.
- Das Recht auf Kurzurlaub zur Betreuung bezieht sich auf Kinder, Eltern (auch Schwiegereltern), Lebenspartnerin oder Lebenspartner.
- Handelt es sich um Kinder, gilt zwar auch die Höchstgrenze von drei Tagen pro Ereignis, pro Jahr sind aber mehr als zehn Tage Urlaub möglich. Die Lohnfortzahlungspflicht beträgt hingegen auch hier maximal zehn Tage.
- Arbeitnehmende sind verpflichtet, innerhalb der maximal drei Tage Urlaub eine Lösung zu organisieren, die es ihnen ermöglicht, wieder zu arbeiten. Können

sie nachweisen, dass sie trotz ihren Bemühungen keine vertretbare Ersatzlösung gefunden haben, ist die Firma über die drei Tage hinaus zur Gewährung von bezahltem Urlaub verpflichtet, da es sich bei der Pflege Angehöriger um eine Familienpflicht handelt. Je nach Situation bietet sich in solchen Fällen der seit Juli 2021 mögliche Betreuungsurlaub als Alternative an (siehe nächsten Absatz).

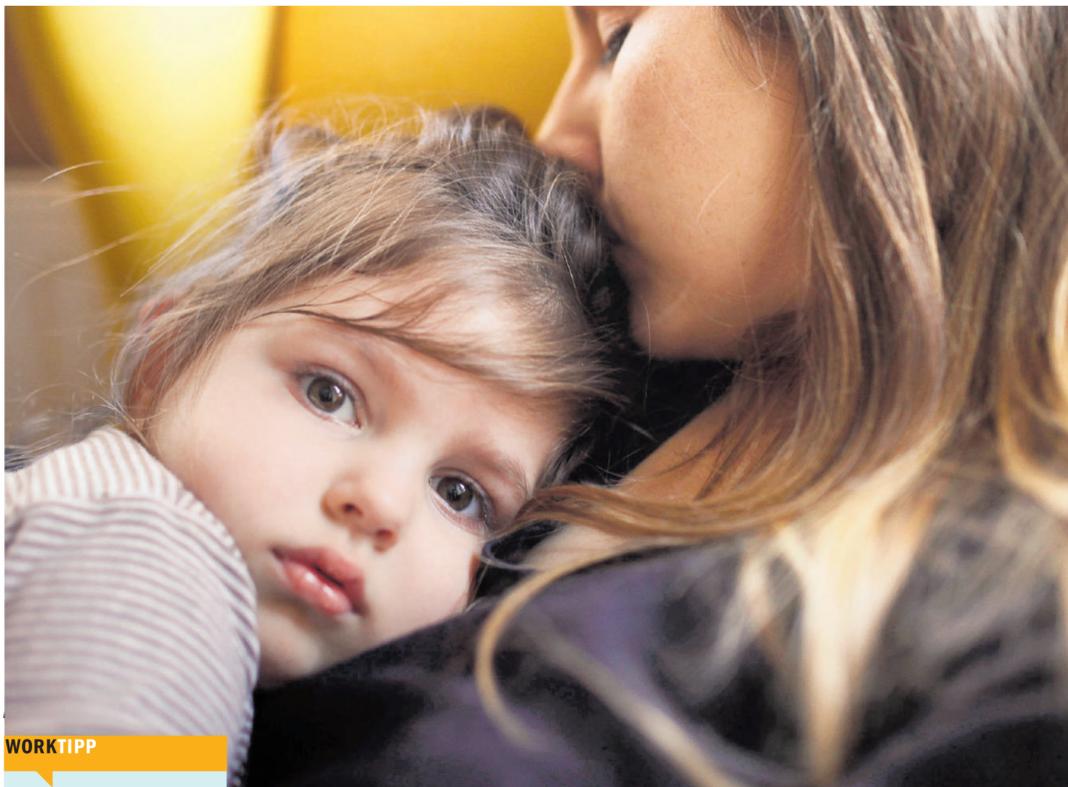
### BETREUNGSURLAUB

Von schweren Krankheiten oder Unfällen eines Kindes sind jedes Jahr etwa 4500 Familien betroffen. Eine belastende Situation, denn zur Angst ums Kind kommt für arbeitende Eltern die Frage, wie sie ihrer Betreuungsaufgabe trotz Berufstätigkeit nachkommen. Seit Mitte Jahr steht ihnen nun immerhin der bezahlte Be-

### Seit Mitte Jahr gibt es für Eltern einen bezahlten Betreuungsurlaub.

treuungsurlaub offen. Ein Recht darauf haben arbeitende Eltern, deren minderjähriges Kind durch Krankheit oder Unfall schwer beeinträchtigt ist. Innerhalb einer Rahmenfrist von 18 Monaten haben sie Anspruch auf 14 Wochen (98 Tage) Betreuungsurlaub. Für diese Zeit erhalten sie Erwerbsersatz, der 80 Prozent des bisherigen Einkommens beträgt, maximal aber 196 Franken pro Tag.

- Sind beide Eltern berufstätig, haben sie zusammen Anspruch auf total 98 Tage. Wie sie diese Tage untereinander aufteilen, ist ihnen freigestellt.
- Auch Arbeitslose, die Taggelder der Arbeitslosenkasse beziehen, sind anspruchsberechtigt.
- Der Ferienanspruch darf nicht gekürzt werden.
- Ab dem ersten Bezugsstag gilt ein Kündigungsschutz von maximal sechs Monaten Dauer. Werden sämtliche 98 Urlaubstage innert weniger als sechs Monaten bezogen, kann die Firma schon nach dem Tag des letzten Bezugs kündigen.



### WORKTIPP

### SO GEHT'S ZUR GUTSCHRIFT

Sobald Sie pflegebedürftige Verwandte betreuen, die eine Hilflosenentschädigung der IV oder AHV beziehen, haben Sie Anspruch auf Betreuungsgutschriften, die Ihre Altersrente erhöhen. Die Bezugsregeln sind in einem Merkblatt der AHV zusammengefasst: [rebrand.ly/betreuungsgutschrift](http://rebrand.ly/betreuungsgutschrift)

**GUTE BESSERUNG!** Bei leichten Krankheiten

oder Unfällen von Kindern haben Eltern Anrecht auf drei Tage Urlaub. FOTO: GETTY

- Pro Krankheit oder Unfall entsteht nur ein Anspruch.
- Ob nun die 98 Urlaubstage für die elterliche Pflege des an Leukämie erkrankten Lukas ausreichen? Und ob er innerhalb der Rahmenfrist vollständig gesund wird? Nach Angaben des Schweizer Kinderkrebsregisters liegt der elterliche Pflegeaufwand bei Krebskrankung eines Kindes im Durchschnitt bei etwa 320 Arbeitstagen über die gesamte Krankheitsdauer. Ist aber der maximale Anspruch gemäss dem Erwerbsersatzgesetz erschöpft, bleibt betroffenen Eltern nur üb-

### KRANKE KINDER

## HILFE FÜR ELTERN

Für die medizinische Pflege von Kindern, die zu Hause leben, sind Fachpersonen der Kinder-Spitex zuständig. Nach ärztlicher Anordnung der Pflege kommen die Krankenkasse oder die IV für die Kosten auf. Damit ist aber die Tagesbetreuung noch nicht sichergestellt. Arbeiten beide Eltern und benötigt das kranke Kind Aufsicht und Betreuung, müssen die Eltern dafür eine externe Lösung finden. Zum Beispiel den Entlastungsdienst des Roten Kreuzes ([redcross.ch](http://redcross.ch)). In Abwesenheit der Eltern kümmert sich eine geschulte Betreuungsperson um das Wohl der Kinder. Das Angebot gilt als Überbrückungshilfe und ist zeitlich beschränkt. Der Tarif ist einkommensabhängig, für eine ganztägige Betreuung von acht Stunden ist mit Kosten von mindestens rund 100 Franken zu rechnen.

**TARIFE.** Für eine längere Dauer (bei chronischen Erkrankungen oder Behinderung) wenden sich Eltern an den Entlastungsdienst Schweiz ([entlastungsdienst.ch](http://entlastungsdienst.ch)). Er ist in den Kantonen AG, BE, SG, SO und ZH tätig. Die Tarife richten sich nach dem Einkommen und Vermögen der Familie, bei knappem Budget können Beratungsstellen (Pro Infirmis, Sozialdienst Ihrer Gemeinde) mit Ihnen Finanzierungsmöglichkeiten prüfen. Das Angebot in anderen Kantonen erfragen Sie zum Beispiel bei der Sozialberatung des Spitals oder beim Sozialdienst Ihrer Wohngemeinde. (jk)

rig, sich neu zu organisieren – etwa durch Reduktion der Arbeitspensum (und damit Lohnverzicht) oder durch Fremdbetreuung (siehe Text rechts).

**BETREUNUNGSGUTSCHRIFTEN**  
Der oben beschriebene Betreuungsurlaub gilt nur für Eltern minderjähriger Kinder, nicht aber für erwachsene Berufstätige, die hochbetagte Eltern betreuen. Marthas erwachsene Kinder müssen also die Betreuungsarbeit ausserhalb ihrer Berufsarbeit erbringen – einzig bei einer akuten Erkrankung von Martha, die zum

Beispiel Begleitung ins Spital und Betreuung am Spitalbett erfordern, können sie einen bezahlten Kurzurlaub beziehen. Zudem haben sie, ob sie im Moment einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht, Anrecht auf Betreuungsgutschriften der AHV, falls ihre Mutter Martha eine Hilflosenentschädigung bezieht. Diese Gutschriften sind Zuschläge zum rentenbildenden Erwerbseinkommen. Sie führen zu einer höheren Altersrente. Aber Achtung: Wer dieses Anrecht geltend machen will, muss sich selber bei seiner AHV-Zweigstelle melden (siehe auch worktipp!)

# Der «kleine Unterhalt» in der Mietwohnung: Wer bezahlt Ersatzteile und Reparaturen? Kleiner Schaden, grosse Diskussionen

**Defekter Duschschauch und andere Kleinschäden: Wer repariert, und wer bezahlt? Die Mietrechtspraxis gibt in beiden Fragen klare Antworten.**

MARTIN JAKOB

Verstopfte Brause und ein Schlauch, der rinnt: Nein, so macht Duschen keinen Spass mehr. Ersatz muss her. Sie kaufen also ein hübsches Neuteil und senden die Quittung vom Baumarkt an die Hausverwaltung. 38 Franken, mit Bitte um Rückvergütung.

Aber ohalätz, diese Quittung erhalten Sie postwendend zurück. «Beim Ersatz von Duschschräuchen, WC-Brillen, Sicherungen, Backblechen und ähnlichen Materialien handelt es sich um Gegenstände, die

nach Vertrag und Recht durch die Mietpartei zu bezahlen sind», belehrt Sie die Verwaltung. Es handle sich hier um den «kleinen Unterhalt». Tatsächlich: Da hat die Verwaltung recht. Denn die Behebung kleiner Mängel in der Wohnung ist Sache der Mieterinnen und Mieter. Darunter fällt alles, was Sie mit wenig Geld und kleinem Aufwand selber instand setzen können. Für das Auswechseln von Neonröhren im Bad, von Sicherungen oder Kleinteilen im Backofen und Geschirrspüler sind also Sie selber zuständig, und die Kosten der Ersatzteile gehen zu Ihren Lasten.

**NUR EIGENARBEIT.** Allerdings ist die Grenze rasch erreicht. Das Gesetz nennt zwar nicht

ausdrücklich einen Höchstbetrag, sondern verweist nebulös auf den «Ortsgebrauch». In der Praxis sind rund 150 Franken Materialkosten pro Fall als Limite gebräuchlich. Ausserdem sind Vermieter immer zahlungspflichtig, sobald für die Reparatur eine Fachperson aufgerufen werden muss – auch falls die Rechnung am Schluss unter 150 Franken ausmachen sollte. Die Mieter dürfen auch nicht zu einer Kostenbeteiligung gezwungen werden.

Prüfen Sie also bei einem kleinen Schaden zunächst, ob Sie ihn selber beheben können. Beim Auswechseln von Wasserhändhningen, beim Entlüften des Heizkörpers und anderen Verrichtungen, die man auch mit zwei linken Händen hinkommt, müssen Sie da-

von ausgehen, dass Ihnen kein Vermieter dafür Fachleute ins Haus schickt und dann auch noch die Rechnung bezahlt. Geht es aber um die Reparatur eines Rollladens, einer Geschirrwaschmaschine oder ähnlicher Geräte, wo Sie als Laie schnell mal einen Fehltriff tun, nehmen Sie Kontakt mit der Hausverwaltung auf. Sie muss die Reparatur organisieren oder Ihnen erlauben, selber einen Handwerker aufzubieten. So oder so ist sie zahlungspflichtig.

**UNGÜLTIG.** Schlaumeier unter den Vermieterinnen und Mietern mögen in ihren Mietverträgen Klauseln aufführen, die von Ihnen mehr verlangen. Zum Beispiel, dass Sie Rechnungen bis zu einem Prozent der

Jahresmiete selber bezahlen müssen – bei etwas grösseren, teureren Wohnungen geht das schnell ins Geld. Oder dass Sie die Kosten für die Servicevertrag zum Geschirrspüler tragen sollen. Geht beides nicht. Und falls Sie später diesen Positio-

### Die Vermieterin bezahlt, sobald es für die Reparatur eine Fachperson braucht.

nen in der Nebenkostenabrechnung wieder begegnen: geht auch nicht! Denn Reparaturen und Serviceabos für Reparaturen, die der Hauseigentümer abschliesst, dürfen nicht über die Nebenkostenabrechnung auf die Mieterinnen und Mieter überwält werden.

### WOHNUNGSÜBERGABE

## EXZELLENT VORBEREITET

Falls Sie demnächst ausziehen: Erledigen Sie den «kleinen Unterhalt» vor der Wohnungsübergabe. Ersetzen Sie das Lavabo und wechseln Sie die flackernde Neonröhre aus. So können Sie die preiswertesten Ersatzteile besorgen. Und einen guten Eindruck hinterlassen Sie damit auch.

# Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Tagesarbeitszeit für Minderjährige?

Ich bin 17 Jahre alt und im zweiten Lehrjahr meiner Ausbildung zur Floristin. Mein Lehrbetrieb lässt mich regelmässig Überstunden machen. An manchen Tagen, vor allem wenn ich auch noch an der Berufsschule bin, komme ich so auf mehr als zehn Stunden, Pausen abgezogen. Ich bin deswegen oft erschöpft. Kann ich mich dagegen wehren?

übrigen müssen alle deine Überstunden entweder mit Freizeit ausgleichen oder aber mit einem Zuschlag von mindestens 25 Prozent ausbezahlt werden. Die Sachlage ist klar – dein Betrieb ist im Unrecht. Melde dich bei der Unia, damit wir zusammen dagegen vorgehen können. Wir stehen dir zur Seite und machen keine Schritte ohne dein Einverständnis.»



**Julius Kopp, Jugendsekretär.**  
Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**SCHLUSS MIT NERVIG:** Mit ein paar Drückern lassen sich unbekannte oder unerwünschte Nummern blockieren. FOTO: ADOBE STOCK

# So schützen Sie sich vor anonymen Anrufen

Wenn Sie auf dem Handy nervige oder anonyme Anrufe erhalten, können Sie das unterbinden. Und so geht's: **iPhone:** Drücken Sie in der Telefon-App in der Anrufliste auf das «i» neben der Telefonnummer, die Sie blockieren möchten. Im nächsten Fenster scrollen Sie ganz nach unten und drücken auf «Anrufer blockieren». Möchten Sie eine Blockade wieder aufheben, gehen Sie in den Einstellungen zu «Telefon». Dort wählen Sie unten «Blockierte Kontakte». Hier sind alle gesperrten Nummern aufgelistet. Wischen Sie die Nummer nach links, das hebt die Blockade auf. Anonyme Anrufe können Sie in den Einstellungen unter «Telefon» stummschalten (unter «unbekannte Anrufer stummschalten»). Die Anrufe werden an die Combo weitergeleitet.

**Android:** Öffnen Sie die Telefon-App und dort die Anrufliste. Halten Sie die unerwünschte Nummer gedrückt, bis ein Fenster erscheint. Wählen Sie «Nummer blockieren». Zum Aufheben der Blockierung drücken Sie in der Telefon-App auf «Mehr», dann auf Einstellungen und «Blockierte Nummern». Wählen Sie bei der gewünschten Nummer «Löschen» und dann «Blockierung aufheben». Anonyme Anrufe sperren Sie so: Kontakte-App öffnen, auf die drei Punkte oben rechts drücken. Wählen Sie nun «Einstellungen», «Anrufeinstellungen» und «Nummern sperren». Aktivieren Sie hier «Anonyme Anrufe sperren». Das genaue Vorgehen kann sich je nach Android-Version und Handymodell unterscheiden. MARC MAIR-NOACK

### Anonyme oder nervige Anrufe lassen sich relativ einfach unterbinden.



**WORKLESERFOTO**



### Ein heller Morgen ohne Sorgen

**WANN** 1. September 2021  
**WO** Alp Obersteinberg im Lauterbrunnental BE, im Hintergrund das Jungfraumassiv  
**Eingesandt von** Jürg Scheidegger, Worb BE

### Gewinnen Sie 100 Franken!

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORK 14 / 3.9.2021: REALITÄT WIDERLEGT SVP-PROPAGANDA**

## Mehr als ein Chabiskopf

Der Artikel im Zusammenhang mit dem vermeintlichen Stadt-Land-Graben hat mich zu einer Entgegnung motiviert: Es ist unbestritten, dass in der Landwirtschaftspolitik einiges schief läuft und einzelne davon auch profitieren. Aber dafür einfach pauschal die Bäuerinnen und Bauern anzugreifen wird ihrer Arbeit und deren Bedeutung für alle nicht gerecht. Kritik ist erlaubt, aber sachlich. Von der sogenannten Landbevölkerung sind Bäuerinnen und Bauern der kleinste Teil. Viele nutzen die Städte für Arbeit, Kultur oder Vergnügen. Nicht zu unterschätzen ist der Anteil jener, die der Hektik der Stadt entrinnen wollen und dann «auf dem Land» den Bäuerinnen und Bauern mit Klagen über Kuhglocken, Guggelkrähen und Gülle-Immissionen das Leben und die Arbeit schwermachen, weil ihre Vorstellung von Landidylle gestört wird. Wir erhalten von der Landwirtschaft viel mehr als «einen welken Kabiskopf».

MARKUS BRANDENBERGER, PER MAIL

**WORK 14 / 3.9.2021: DAS SEUCHEN-(ESCHI)B(ALKAN)C(ORONA)**

## Treffende Analyse

Wem kommt beim Lesen nicht «A wie A...löcher» in den Sinn? Sind denn nicht alle SVPl'er so? Vielen Dank für diese Realsatire und auch Ihre treffende Analyse des Landsturms.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

**WORKPOST**



Front dieser Tage ungefragt in sämtliche Schweizer Haushalte flattern liess, vor der 99%-Initiative. Und unterschlägt den Nachsatz: «...die jährlich über 100 000 Fr. Zinsen oder Dividenden einsacken!» Also für alle, die ein Wertpapier-Portfolio von mindestens 10 Millionen laufen haben! «Besonders betroffen sind die KMU», wird da behauptet, dabei zielt der Initiativtext nur auf natürliche und nicht auf juristische Personen, also nur auf private Kapitaleigner – und wer von uns allen ist denn bitte sehr über 10 Millionen Franken schwer? Und: 100 000 als Untergrenze für zu versteuerndes, privates Kapitaleinkommen ist da nicht mal festgeschrieben; das ist nur eine Empfehlung der Initianten für den Gesetzgebungsprozess, und diesem überlassen sie auch die Definition der zu besteuernenden Kapitaleinkünfte – also können sämtliche «Gefahren», die uns die Bürgerlichen geschlossen an die Wand malen, nur Gesetz werden, wenn sie selber sie nach einem allfälligen Ja im Parlament beschliessen! Entweder haben sich die 21 (höchst kapitalstarken) Unterzeichner mit der Vorlage überhaupt nicht befasst, oder sie sagen ganz bewusst die Unwahrheit! Das Ganze ist nichts als ein faustdicker, bürgerlicher Schwindel auf vier himmelblauen Hochglanz-A4-Seiten – also nicht mal zum Hintern-Abwischen zu gebrauchen. Wer aber den Sch... gläubig an seine Hirnwindungen lässt, ist definitiv angeschmiert.

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

**WORK 14 / 3.9.2021: «MACHT ES BITTE BESSER ALS ICH! SCHÜTZT EUCH! IMPFT EUCH!»**

## Macht es für eure Liebsten!

Etwas spät, aber gut so. Diese Impfung ist nicht die 100-Prozent-Lösung. Aber die 95-Prozent-Lösung. Macht es für deine Kolleginnen und Kollegen und für deine Liebsten.

ZOLTAN DOKA, VIA FACEBOOK

**WORK 14 / 3.9.2021: DAMIT DER TEUFEL NICHT IMMER AUF DIE GRÖSSTEN HAUFEN SCHEISST!**

## Faustdicker Schwindel

«Keine neuen Steuern für alle!» warnt das himmelblau gehaltene Propagandablättchen, das eine geschlossene bürgerliche

**WORK 14 / 3.9.2021: WARNSTREIKS AN DER CHARITÉ**

## Pflege-Generalstreik

Das ist beeindruckend, was die Pflegenden in Berlin zustande bringen. Es ist an der Zeit, dass die Pflege auch in der Schweiz in den Generalstreik tritt!

ALINA GIGLIO, PER MAIL

INSERAT

Die Unia ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Mit unseren rund 180 000 Mitgliedern und 1200 Mitarbeitenden engagieren wir uns für faire Arbeitsbedingungen und eine soziale Schweiz. Dies dynamisch und kämpferisch. Möchten Sie sich für eine gute Sache einsetzen? Lernen wir uns kennen.



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

Verstärken Sie unser Team im Sektor Industrie, im Zentralsekretariat Bern ab 1. November 2021 oder nach Vereinbarung. Wir suchen

## 2 Nationale Branchensekretär\*innen für den Sektor Industrie 70–100%

### Das bewegen Sie

- Sie sind verantwortlich für die Verhandlung und den Vollzug der Gesamtarbeitsverträge im Sektor Industrie, insbesondere der Chemie, Lebensmittel und Maschinenindustrie.
- Sie betreuen die Ihnen zugewiesenen Branchen oder Unternehmen vollumfänglich.
- Sie unterstützen die Kampagnenarbeit sowie die interne Kommunikation im Sektor und arbeiten eng mit den regionalen Verantwortlichen zusammen.
- Sie koordinieren die Ausbildung der Gewerkschaftssekretär\*innen und der Vertrauensleute der Ihnen zugeteilten Branchen.
- Sie pflegen den Kontakt mit den Berufsverbänden.
- Sie kümmern sich um die Mitgliederwerbungskampagnen.

### Das bringen Sie mit

- Mehrjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit oder in politischen Bewegungen
- Erfahrung mit der Erarbeitung und Umsetzung von Kampagnen
- Berufserfahrung in der Industrie oder in der Planung von Vorteil
- Gute Deutsch- und Französischkenntnisse
- Unter Druck behalten Sie die Übersicht und einen kühlen Kopf.

### Das bieten wir

- Bei der Unia kommen Sie in den Genuss von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen. Zudem fördern wir Ihr Entwicklungspotenzial. Ihr Arbeitsort befindet sich in der Stadt Bern. Freuen Sie sich auf ein wertschätzendes, kollegiales und lebhaftes Umfeld.

### Sind Sie interessiert?

- Senden Sie Ihr komplettes Bewerbungsdossier bis am **3. Oktober 2021** per E-Mail an: [bewerbung.be@unia.ch](mailto:bewerbung.be@unia.ch)
- Ihre Fragen zur Stelle beantwortet der Leiter Sektor Industrie, Yves Defferrard, gerne unter Telefon 079 279 45 91.
- Bei gleichwertiger Qualifikation werden aufgrund der Teamzusammensetzung Bewerbungen von Frauen bevorzugt.

Darum protestieren diese drei Berufsfrauen an der Demo in Bern:

# Hände weg von den Frauenrenten



Schon wieder greifen die Rechten im Parlament die Frauenrenten an. Deshalb gehen die Thuner Unia-Frauen Giulia Bezio, Rebecca Seye und Adrienne Erni jetzt auf die Strasse. work-Redaktorin Patricia D'Incau hat sie bei den Demo-Vorbereitungen getroffen.



**Giulia Bezio (21), Kioskverkäuferin**

## «Wie wär's zum Beispiel erst mal mit Lohngleichheit?»

«Man erwartet von uns, dass wir Kinder haben. Und Kinder zu haben ist ja auch etwas sehr Schönes, wenn man das möchte. Aber in der Schweiz ist das auch eine finanzielle Frage. Die niedrigen Löhne in den typischen Frauenjobs und der lächerlich kleine Vater-schaftsurlaub, den wir haben, führen dazu, dass immer noch vor allem Frauen daheim bleiben und zu den Kindern schauen. Mit einschneidenden Folgen: Wir Frauen können weniger Geld in die

Pensionskasse einzahlen. Und im Alter haben wir dann eine kleinere Rente.

**GRATIS-ARBEIT.** Ich finde das nicht fair. Denn es ist ja nicht so, als würden wir Frauen nicht arbeiten. Meine Mutter zum Beispiel hat alleine zwei Töchter grossgezogen. Sie hat uns bei den Hausaufgaben geholfen. Sie hat immer geschaut, dass es uns an nichts fehlte. Also meine Mutter hat sehr viel Arbeit geleistet. Aber diese unbezahlte Hausarbeit wird in der Rente nicht be-

rücksichtigt. Da zählt nur, dass sie 11 Jahre lang nicht im Erwerbsleben war – und deshalb eine Rentenlücke haben wird.

**ENDLICH LOHNGLEICHHEIT!** Als gelernte Verkäuferin wird sie diese Lücke auch nicht mehr stopfen können. Ich selber habe das Glück, studieren zu können. Als eine der ersten in meiner Familie. Um das zu finanzieren, arbeite ich mehrmals in der Woche in einem Kiosk. 11,5 Stunden dauert so ein Arbeitstag. Das ist anstren-

gend, auch körperlich. Du bist die ganze Zeit auf den Beinen. Wer kann, macht das nicht sein Leben lang.

Deshalb ist für mich völlig klar: Die Heraufsetzung des Frauenrentenalters kommt nicht in Frage. Vielmehr noch: Sie ist respektlos! Wenn es tatsächlich darum geht, die AHV zu sanieren, sind andere Wege sinnvoller. Wie wär's zum Beispiel zuerst mal mit Lohngleichheit? So würden wir Frauen mehr in die Altersvorsorge einbezahlen können.»

**Rebecca Seye (28), medizinische Masseurin**

## «Meine Mutter arbeitete Vollzeit, und der Lohn reichte trotzdem nicht!»

«Meine Mutter war alleinerziehend, hat drei Kinder grossgezogen und hundert Prozent als Coiffeuse gearbeitet. Der Lohn reichte trotzdem nicht, um über die Runden zu kommen. Seit einem Jahr ist sie jetzt pensioniert. Sie hat eine sehr tiefe Rente, wohnt in einer Einzimmerwohnung. Deshalb kommt sie auch mit an die Demo. Weil sie weiss, was es bedeutet, ein Leben lang zu arbeiten und am Schluss kaum

etwas davon zu haben. Die geplante AHV-Reform schafft für uns Frauen neue Probleme und löst die bisherigen nicht.

**FALSCHER GLEICHHEIT.** Aber klar, auf den ersten Blick wirkt es ja fast einleuchtend: Gleich lang arbeiten – das ist Gleichberechtigung. Was dahintersteckt, wird aber völlig ausgeblendet. Schliesslich nützt es den Frauen absolut gar nichts, wenn sie ein Jahr länger schrumpfen müssen, aber trotz-

dem genauso wenig verdienen wie jetzt. Ich selbst arbeite in einem Beruf, der wenig Wertschätzung genießt. Nicht etwa durch die Patientinnen und Patienten! Sondern bei den Arbeitsbedingungen. Wenn ich mit meiner Ausbildung fertig bin, verdiene ich in einem Vollzeitpensum nur 4200 Franken. Obwohl ich dann ein Diplom auf Tertiärstufe habe. Und von diesem Lohn muss ich noch ein Darlehen von mehreren Tausend

Franken zurückzahlen, weil meine Ausbildung so teuer war.

**LAUT WERDEN.** Deshalb finde ich es wichtig, dass wir jetzt laut werden! Und ich bin zuversichtlich, dass es das wird, wenn wir am 18. September auf die Strasse gehen. Gemeinsam! Denn alleine für bessere Arbeitsbedingungen und Renten kämpfen: das macht nämlich unglücklich und funktioniert schlecht.»



**Adrienne Erni (52), Verkäuferin**

## «Uhuere ufpass, dass es nicht rückwärtsgeht!»

«Sie wollen das Rentenalter immer weiter nach oben schieben, aber angestellt wirst du dann trotzdem nicht mehr. Schon heute verlieren viele Ältere ihre Stelle, bevor sie pensioniert sind. Weil wir Ü 50 die Unternehmen einfach zu teuer zu stehen kommen.

**GROSSER DRUCK.** Natürlich macht mir das Sorgen! Ich habe schon meinen ursprünglichen Beruf verloren. Ich war gelernte CD- und Schallplattenverkäuferin. Und ich liebte

diesen Beruf. Doch dann kam das Internet, für CDs wollte niemand mehr zahlen. Die Musikläden gingen der Reihe nach ein. Danach habe ich bei einem Elektroriesen gearbeitet. Als auch dort die Margen einbrachen, wurde versucht, das Geld anders reinzubekommen. Mit Kunden-Kreditkarten, Versicherungen usw. Das wurde immer heftiger. Wenn du deine Ziele nicht erfülltest, kamst du unter die Räder. Immerhin verdiente ich nicht schlechter als die Jungs in meinem Team. Im Verkauf sind

eben nicht nur die Frauen schlecht dran, sondern auch die Männer. Der Unterschied ist aber, dass denen nicht Steine in den Weg gelegt werden, sobald Kinder kommen.

**ALTE ROLLENBILDER.** In meiner Generation wurde oft so getan, als hätten wir Gleichstellung. Doch selbst wenn du dich bewusst entscheidest, nicht nach den alten Rollenbildern zu leben: sie holen dich immer wieder ein. Von dir als Frau wird erwartet, dass du dich um deine kranken Eltern

kümmerst, dass du dich um andere sorgst. Und wenn du das nicht machst, bist du kalt-herzig.

Solange diese Gratisarbeit nicht anerkannt wird, mit der die Gesellschaft viel Geld spart, solange wir keine Lohngleichheit haben, solange eine Frau nicht das gleiche Recht hat wie ein Mann – so lange werde ich dagegen sein, dass wir gleich lang arbeiten müssen wie die Männer. Ich finde, wir müssen «uhuere ufpass», dass es nicht rückwärtsgeht!»

FOTOS: KARINA MUENCH

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). E-Mail Redaktion [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch). Internet [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch). Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianeegg@workzeitung.ch](mailto:christianeegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinciau@workzeitung.ch](mailto:patriciadinciau@workzeitung.ch); Johannes Supe, [johannessupe@workzeitung.ch](mailto:johannessupe@workzeitung.ch). Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch). Korrektorat Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); Andrea Leuthold. Sekretariat Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch). Anzeigenmarketing Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch). Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch). Auflage 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.